

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1925**

20.1.1925 (No. 20)

# Badischer Beobachter

Ercheint einmal täglich, auch Sonntags (als Morgenblatt). Beilagen: „Blätter für den Familienkreis“, „Kunst und Wissen“, „Frauenrundschau“ und „Sterne und Blumen“. Schluss der Anzeigenannahme: nachm. halb 6 Uhr. — Druck: Reichsdruckerei, Postfach 535, Neudamm 572. — In Fällen von bösserer Gewalt behält sich Anrecht auf Änderung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Bezugspreis: monatlich durch Läger Mk. 2.30 (bei der Adressliste in Karlsruhe Mk. 2.20), wöchentl. Einzelnummer 10 Pfg., Sonntags 15 Pfg. Abbestellungen können nur bis zum 25. auf den Monatsabschluss erfolgen. Anzeigenpreis: 1spaltig, 1 mm hoch, 9 Pfg., im Reklamenteil 25 Pfg. Kleine und Familien-Anzeigen 5 Pfg. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Bei Wiederholung Tarif-Rabatt, bei der besonders besserer Zetzelung und bei Kontos vergünstigt.

## Die Regierungserklärung im Reichstag.

### Abwarten!

(Eigener Drahtbericht.)

I. H. Berlin, 19. Jan. Die Regierungserklärung der neuen Reichsregierung Dr. Luthers, die heute im Reichstag bei vollbesetzten Tribünen und unter dem üblichen Amnestiegeschrei der Kommunisten, im übrigen aber ohne besonderen Beifall von den übrigen Parteien erfolgte, die in das Kabinett Verbindungsmänner entsandt haben, entbehrt nicht einer gewissen Aufmerksamkeit. Das Zentrum übte während der ganzen Rede Dr. Luthers eine kühle Zurückhaltung gemäß seiner abwartenden Haltung gegenüber dem neuen Kabinett.

Herr Dr. Luther gedenkt, sachliche Arbeit zu leisten. Wir können ihm aber dabei nicht beipflichten, wenn er bei der Betonung der sachlichen Arbeit die Ausschließung jeglicher politischer Momente meint. Dr. Luther hat außer anderen schwerwiegenden Fragen solche verfassungsrechtliche Fragen angehängt, die unserer Erachtens nicht entschieden werden können, ohne daß das Reichskabinett sich auf bestimmte politische Grundzüge verpflichtet. Die Wachsamkeit der verfassungstreuen Parteien wird hier umjomehr am Platz sein müssen, als sich hinter der Regierungserklärung gewisse bestimmte Wünsche deutschnationaler Kreise verbergen können.

Im allgemeinen kann man mit Genugtuung feststellen, daß Dr. Luther die Verfassung von Weimar als die einzige rechtliche Grundlage für die Arbeit der neuen Reichsregierung bezeichnet hat. Man wird allerdings abwarten müssen, wie sich die deutschnationalen Mitarbeiter des Herrn Dr. Luther zu diesen Richtlinien des Reichskanzlers verhalten werden.

In der Außenpolitik kann man mit den Ausführungen Dr. Luthers umjomehr übereinstimmen, als er sich ausdrücklich mit dem Standpunkt des bisherigen Reichskanzlers Marx identifiziert hat. Auch Dr. Luther will die Außenpolitik des Reichskanzlers Marx organisch weiterführen. Mit Recht werden sich weite Kreise der Zentrumswahlerschaft im Lande und des deutschen Volkes überhaupt fragen, warum die Regierung Marx dann überhaupt geführt wurde, wenn auch das neue Reichskabinett den alten Kurs weiterführen will. Vom vaterländischen Standpunkt aus und vom Standpunkt der engeren Zentrumspolitik ist es nur zu begrüßen, wenn Dr. Luther die Abmachungen von London als bindendes Recht für die Außenpolitik des neuen Reichskabinetts anerkennt, und die im Anschluß an den Londoner Pakt geschaffenen Reichsnetze loyal durchzuführen verbrochen hat. Aber auch hier werden wir zunächst abwarten haben, wie sich die Deutschnationalen zu der Erfüllungspolitik Luthers stellen werden, die jetzt als nationale Realpolitik aufgedeckt wird. Die Deutschnationalen werden in Zukunft Gelegenheit genug haben, Beweise ihrer Loyalität geben zu können. Vom Auslande wird man erwarten müssen, daß es die Arbeit des Kabinetts Luther nicht in demselben Maße erschwert. Vorläufig hat es nach der Regierungserklärung keinen Grund dazu. Im übrigen hat sich Dr. Luther recht bemüht, bei der Skizzierung der innenpolitischen Linie in wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Fragen die Parteien von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen nicht vor den Kopf zu stoßen. Kein sachlich hat er nichts gesagt, was nicht schon in der breiten Öffentlichkeit bekannt ist.

Wenn in den nächsten Tagen von deutschnationaler Seite, wie zu erwarten, behauptet werden wird, daß zum ersten Male in einer Regierungserklärung der letzten Zeit das Bekenntnis zum christlichen Staat enthalten sei, so muß einer derartigen bewußten Verdrehung von vornherein mit dem Hinweis darauf entgegengetreten werden, daß die Regierung der letzten Zeit ihr Programm ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der außenpolitischen Zwangslage aufstellte, und deshalb jede innenpolitische Debatte mit Absicht zurückstellen mußten. Im übrigen wird für diese Teile der Regierungserklärung vielleicht das Wort der Schrift: „Nicht jeder, der zu mir sagt: „Herr, Herr!“ wird ins Himmelreich eingehen“ anzuwenden sein. Daß das Zentrum die christlichen Belange stets mit dem nötigen Nachdruck vertreten hat und auch in Zukunft sich dafür einsetzen wird, ist selbstverständlich.

Alles in allem genommen: Der Wortlaut der Regierungserklärung des Kabinetts Luther wird für uns keinerlei Schwierigkeiten bieten. Abzuwarten sind die Taten. Im übrigen wünscht ja wohl Herr Luther nach seinen heutigen Ausführungen selbst auch, weniger nach seinen Worten als nach seinen abzuwartenden Taten beurteilt zu werden. Also: warten wir ab.

### Das neue Kabinett vor dem Reichstag.

Berlin, 19. Jan. Die Tribünen sind schon lange vor Beginn überfüllt, in besonderem Maße die Diplomatenecke. Auch auf der Journalistentribüne haben sich Ausländer besonders zahlreich eingefunden. Präsident Lobe eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 20 Min. und verliest das amtliche Schriftstück über die Ernennung des Reichskanzlers Dr. Luther und der neuen Reichsminister. Neu sind nur Finanzminister von Schleien und Reichsverkehrsminister Dr. Krohne. Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer Regierungserklärung. Um 6 Uhr 25 Min. betritt der Reichskanzler mit dem neuen Kabinett den Saal.

#### Reichskanzler Dr. Luther

erhält sofort das Wort und wird von den Kommunisten mit minutenlangen Amnestierufen empfangen.

Der Reichskanzler stellt zunächst die Mitglieder seines Kabinetts vor und erklärt, daß das Reichsverkehrsministerium noch unbesetzt ist. Der Justizminister ist gleichzeitig Minister für die besetzten Gebiete. Dr. Luther dankt dann dem scheidenden Kabinett, besonders Reichskanzler Marx. Das Kabinett Marx, so fährt der Redner fort, hat auf dem von Rückschlägen bedrohten, doch reichen Wege des deutschen Volkes einen deutlichen und bedeutungsvollen Beitrag zur Gesundung Deutschlands zurückgelegt. Auf dem Wege der Gesundung weiter dem klaren Ziele Deutschlands Wieder Aufbau zuzuführen, wird die Aufgabe der neuen Reichsregierung sein. Die Politik der neuen Reichsregierung wird völlig auf sachliche Arbeit im Dienste des deutschen Volkes eingestellt sein. Die Regierung wird sich dabei nach Möglichkeit von „Reichsregierung“ fernhalten. Sie wird sich bemühen, im wesentlichen Zusammenhang mit dem Volksganzen zu bleiben. Sie wird die Zusammenarbeit im Reichstag nicht nur mit den Parteien sehen, die in der Regierung durch ihre Vertrauensmänner vertreten sind, sondern mit allen Parteien, die in sachlichbezüglicher Gesinnung praktische Mitarbeit leisten wollen, damit die schweren Entscheidungen, vor denen Reichstag und Reichsregierung stehen, auf möglichst breiter Grundlage bewirkt werden. Dazu ist notwendig, daß eine Reichsregierung gebildet wurde, die, wenn sie auch keine parteipolitische Koalition darstellt, sich grundsätzlich auf eine Mehrheit des Reichstages stützt.

Für mich war bei der Kabinettsbildung in erster Linie der Wille maßgebend, zu verhindern, daß aus der Regierungserklärung eine Staatskrise würde. Dies ist auch der Wille meiner Kollegen im Kabinett. Die Reichsgrundlage für die Arbeit der Reichsregierung ist die republikanische Verfassung vom 11. August 1919. Jeden Versuch, eine Veränderung gewaltsam oder auf sonst ungesetzliche Weise herbeizuführen, wird die Reichsregierung als Hochverrat mit allem Nachdruck abwehren und verfolgen. Im übrigen wird sie es sich angelegen sein lassen, die Bestimmungen der Reichsverfassung oder ihre Auswirkungen in der Richtung nachzuprüfen, daß unser Staatswesen mehr als bisher innerlich geunet. Nachzuprüfen haben wir auch die Regelung der Beziehungen des Reiches zu den Ländern; ihr Eigenleben soll geachtet und auch in der Handhabung der Reichsregierung sorgfältig beobachtet werden.

Die Reichsregierung wird ihr besonderes Augenmerk auf die innere Wahrhaftigkeit und Reinheit des öffentlichen Lebens richten und die im Beamten lebendigen Kräfte zu besonderer Hingebung an das Staatswesen fördern. Wir sind entschlossen, uns für die geistliche Rechtsstellung und auskömmliche Lebenshaltung des Beamtenstandes einzusetzen. Gerade in der Staatsform der Republik ist die Pflege des Staatsgedankens das erste Erfordernis staatlicher Kraft. Die Reichsregierung wird sich angelegen sein lassen, den konfessionellen Frieden zu hüten. Mit ihrer Außenpolitik will die Reichsregierung die Herbeiführung eines wirklichen und dauerhaften Friedens dienen. Ihre Richtung wird auch für die neue Regierung in erster Linie durch die Londoner Abmachungen bestimmt. Die gemäß diesen Abmachungen erlassenen Reichsgesetze werden von uns loyal durchgeführt werden, wie wir die lokale Durchführung des Abkommens auch von unseren Vertragspartnern erwarten müssen. Die politische und die soziale Entspannung des deutschen Volkes ist leider durch die Nichträumung der Röhner Zone sehr beeinträchtigt worden. Wir wiederholen die Stellungnahme der früheren Reichsregierung zur Nichträumung. Die Nichträumung enthält einen offensichtlichen Widerspruch gegen den Geist und

die Grundanschauungen, die im Londoner Abkommen lebendig geworden sind. Hinsichtlich der Begründung mit angeführten Verfehlungen Deutschlands in der Entwaffnungsfrage wiederholt die Reichsregierung das Verlangen an die Alliierten, ihr das angeführte Material in kürzester Frist mitzuteilen. Sie wird alle Kraft daran setzen, durch Verhandlungen die einstweilige Räumung der Röhner Zone zu erzielen.

Die Frage der Stellung Deutschlands zum Völkerbund ist niedergelegt in dem Memorandum der früheren Reichsregierung und in dem Schreiben, das an das Sekretariat des Völkerbundes ergangen ist. Im Zusammenhang mit der Völkerbundsfrage wird die Regierung die Bemühungen fortsetzen, Deutschland von dem ungerechtfertigten Vorwurf des Verfallens befreien. Nachdem am 10. Januar die uns durch den Versailler Vertrag auferlegten Fesseln der einseitigen Weisungsgebung gefallen sind, wird sich die Reichsregierung bei den Gendelsvertragsverhandlungen gegen alle Maßnahmen wenden, die die deutsche Gendelsfreiheit beschränken.

Auf innerwirtschaftlichen Gebieten wollen wir dazu helfen, daß alle schaffenden Kräfte des Volkes zu höchster Leistungsfähigkeit entfaltet werden. Die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf deutscher Scholle, die Stärkung der inneren Kaufkraft sind das Ziel. Die Befreiung aller unrentigen, die breite Masse der Verbraucher belastenden Verteuerungen wird auch die neue Regierung weiter erstreben. Nur durch die Stärkung und Gesundung der deutschen Wirtschaft kann die Grundlage geschaffen werden, um die sozialpolitische Arbeit im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen zu leisten und weiter auszubauen. Die Gesetzentwürfe zum Ausbau der Sozialversicherung sollen baldmöglichst dem Reichstag zugeleitet werden. Dazu gehört auch der Gesetzentwurf zur Erleichterung der Arbeitslosenversicherung. Die Reichsregierung will weiter habhaft einen Arbeitsgerichts-Gesetzentwurf den gesetzlichen Körperkräften unterbreiten. Die augenblickliche Arbeitszeitgesetzgebung stellt ein nur durch die besonderen Zeitumstände gerechtfertigtes Notrecht dar. Die aus ihr erwachenden politischen Gefahren müssen so schnell beseitigt werden, als es die Besserung des Wirtschaftslebens zuläßt. In der Lohn- und Gehaltsentwicklung sollen die Verbesserungen der Wirtschaftslage auch der Arbeiterschaft zugute kommen. Die Forderungsberechnung soll verbessert werden. Den Aufbau der Wohnungswirtschaft wird die Regierung fördern, soweit es mit den Maßnahmen gegen die Wohnungsnot vereinbar ist. Dabei wird sie sorgfältig die wirtschaftlich Schwachen und die innerreichen Familien berücksichtigen und nötigenfalls scharfe Maßnahmen gegen die wucherische Ausbeutung frei werdender Räume vorsehen.

Zur Aufwertung werden dem Reichstag in kürzester Frist gesetzgeberische Vorschläge unterbreitet, die endgültiges Recht schaffen sollen. Dabei soll in vollem Verständnis für die Notlage insbesondere der alten Spärer und in Ergänzung der dritten Steuernotverordnung im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen den berechtigten Wünschen der durch die Geldentwertung Geschädigten Rechnung getragen werden. Weiter sind Gesetze vorbereitet, die eine systematische, einheitliche, wirtschaftlich wichtige und sozial gerechte Besteuerung in klarer und einfacher Form herbeiführen sollen. Die steuerliche Belastung des deutschen Volkes wird zwar nicht so drückend sein, daß sie das Wirtschaftsleben lähmt oder der arbeitenden Bevölkerung eine nicht tragbare Belastung auferlegt. Deshalb soll der Abbau jeder übermäßigen Besteuerung, der im letzten Jahre zur Erhaltung der Währung nötig war, nach Möglichkeit fortgesetzt werden.

Unsere auf christlicher Grundlage erwachsene Kultur muß vertieft und ihre Güter müssen in möglichstem Umfang auch den Nichtchristlichen zugänglich gemacht werden. Im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Zuständigkeit hofft die Reichsregierung ein seit langem vorbereitetes Reichsschulgesetz dem nächsten Reichstag vorlegen zu können. Die Verabschiedung des bereits vorliegenden Haushaltsplanes wird möglichst schnell nach der gesetzgeberischen Vorbereitung verschobener Vorträge, wie der Aufwertung, des Finanzausgleichs und der Steuererleichterung.

Der Reichskanzler schließt: Die Reichsregierung wird ihr Bestes tun, um das deutsche Volk der Gesundung zuzuführen. Boreerst wird die schwere Not, die auf unserm Volke lastet, nur langsam gehoben werden. Ein Vormarschreiten auf der ganzen Linie wird nur möglich sein, wenn jeder Einzelne seine Kraft in den Dienst des Vaterlandes stellt und wenn sich das deutsche Volk aus seiner Zerissenheit heraus einmütig zusammenschließt. Nur dann wird das deutsche Volk durch Mühen und Entbehrungen hindurch sich im Kreise der anderen Völker den Weg zu einem Wiederaufstieg bahnen, der ihm eine friedliche Zukunft sichert, die seiner Vergangenheit würdig ist.

Die Rede des Kanzlers wurde andauernd von türkischen Zurufen der Kommunisten unterbrochen. Der Kanzler schloß unter lebhaftem Beifall der Regierungsparteien. Darauf vertagt sich das Haus zur Besprechung der Regierungserklärung auf morgen, Dienstag, 12 Uhr mittags. — Schluß 7 Uhr.

### Die Notlösung.

F. S. Berlin, 17. Januar.

Dr. Luther hat mit Mühe und Not nunmehr sein Kabinett bis auf einige Rücken fertiggestellt. Als überparteiliches Kabinett mit Verbindungsmännern in einzelnen bürgerlichen Fraktionen, mit Ausnahme der demokratischen, denkt er die neue Regierung dem Reichstag vorzustellen. Nach den Vorgängen der letzten Wochen und nach den Lehren, die der Gang der Krise, der ständige Wechsel der einzelnen Meinungen gegeben haben, ist die Zukunft des Kabinetts Luther keineswegs sicher, ist Herr Luther selbst nicht rosig gebettet. Er tritt mit seinem Kabinett einen Marsch in die politische Wüste an, auf dessen Route sicher nur wenig erquickende Oasen liegen werden. Eine Befestigung hierfür hat man bereits am ersten Tage des Bestehens des Kabinetts Luther erhalten. Die heterogenen Elemente, die die neue Regierung trotz aller gegenteiligen Erklärungen in sich birgt, haben sich schon recht früh gemeldet. Es hat bereits einen kleinen Zwischenfall gegeben, der besonders für die Kreise eine Enttäuschung sein muß, die auch nach außen hin mit ihrer Meinung nicht zurückhalten zu können glauben, daß der tatkräftige und energische Luther die Stabilisierung der politischen Verhältnisse Deutschlands mit aller Macht erzwingen werde. Daß es damit bereits jetzt schon recht trübe aussieht, beweist nur, daß auch im Kabinett Luther nicht alles Gold ist, was glänzt. Man wird sich auch bei uns schließlich seiner Täuschung hingeben dürfen, daß auch im Kabinett Luther zunächst manches Blendwerk bleiben wird. Rechnet man dazu noch die tatsächlichen Schwierigkeiten, die sich, wie oben betont, bereits bemerkbar gemacht haben, so ist die Mahnung an die Zentrumsfraktion des Reichstags, wachsam auf der Hut zu sein und jede Maßnahme des Kabinetts Luther heimlich unter die Lupe zu nehmen, nur zu gerechtfertigt. Man hat gesagt, daß die Anteilnahme des Zentrums an dem Kabinett Luther, die allerdings für die Fraktion nie und nimmer als bindend angesehen werden kann, in der Wählererschaft nur geringes oder überhaupt kein Verständnis finden werde. Das mag in weitestem Ausmaße stimmen. Aber schließlich wird der Beschluß der Reichstagsfraktion des Zentrums nicht ohne zwingende Gründe taktischer Art erfolgt sein. Das Zentrum wird über die Verfassungsmäßigkeit des Kabinetts Luther nachdenken, und es wird als ausschlaggebende Mittelpartei mit der ganzen Schwerkraft seiner innerpolitischen Stellung sich in aller Form von dem letzten Kabinett trennen, wenn es die Zeiten und eine rückläufige Entwicklung verlangen werden.

Zunächst wird Dr. Luther seine Arbeit darauf konzentrieren müssen, sein Kabinett innerlich wenigstens bis zu einem solchen Grade zu konsolidieren, daß es arbeits- und aktionsfähig wird. Auf irgend eine Weise wird er zu diesem Ziel kommen müssen, wenn ihm sich auch jetzt schon manches schwere Hindernis in den Weg stellt, was zwar von Regierungsseite energisch bestritten wird, was aber trotzdem auf tatsächlich vorhandene Divergenzen — wenn auch nur indirekt im Kabinett selbst durch die entgegengesetzten Meinungen Stresemanns und der beiden Rechtsparteien — zurückgeht. Was sich hier an entgegengesetzten Strömungen im neuen Kabinett zeigt, verdient umjomehr Beachtung, als dabei die bisher als verfassungstreue angesprochenen Parteien keinerlei Anteil haben, sei es daß sie, wie die Sozialdemokraten und Demokraten, nicht im Kabinett vertreten sind und zu ihm in Opposition stehen, sei es, daß sie, wie das Zentrum in kühler Zurückhaltung sich abwartend verhalten. Es ist deshalb für den weiteren Bestand des Kabinetts Luther von großer Bedeutung, wie der Streit innerhalb der beiden rechten Bruderparteien oder besser gesagt der Streit zwischen dem Führer der Volkspartei, Dr. Stresemann, auf der einen und dessen Fraktion und den Deutschnationalen auf der anderen Seite ausfallen wird. Die Sache hängt jedenfalls an an. Der „Vorwärts“ hat nicht ganz unrecht, wenn er darauf hinweist, daß man der Erinnerung mahnen muß, daß die neue Regierung ein „Geheimnis“ ist bei dem zwei Räder vor dem Wagen und zwei Pferde

LER  
phon 1597  
Sorten  
metalle

cher  
el

on Franz Dor.  
K. 7.50  
Brosch. Mk. 1.50  
Mk. 2.20.  
or. Brosch. Mk.  
d. Mk. 3.—  
Der vorliegende  
Eheprobleme  
Ühlung und einer  
das Werk als eine  
nen darf. Brosch.

pezell und Spiel  
tel der Kindheits  
mentarier. Ein  
Jugend.  
50.  
Von Wilhelm  
Heinrich  
Pfarr- und Volks-  
Mk. 2.50.  
40. Gebd. Mk. 2.—  
willk. Geschenkl.  
11er. Gebd. Mk.  
einfache Geschichte

Gebd. Mk. 2.50  
Jahrunder.  
ans Schrott-  
Gebd. Mk. 2.— Ein  
arin, viel warmes

Gbd. Mk. 2.—  
einlaßendes bittere

rlsruhe

Boden-  
erlandes

der  
ver-  
die

itung

Mal  
über  
und  
von  
leies  
der  
nen-  
Arf

ern!

ühr)

z a. B.

170  
ffzell,  
dach,

einben

MAUER  
SCHER MUSIK  
DOLEZEL

holz  
Lamm: in  
ab Lager und  
gespreiten, die  
Stützungstelle  
erne Gottesau

es  
eater  
ne 5 (4.50)

Werde hinter dem Wagen angespannt sind. Die plötzliche Abgabe der Regierungserklärung mußte tatsächlich mit zwinrender Notwendigkeit die Meinung schaffen, daß man sich in dem neuen Kabinett noch nicht ganz hat, was man eigentlich will. Treffender wird man aber die Schwierigkeiten dahin kennzeichnen können, daß man sich über die in die Regierungserklärung aufzunehmenden einzelnen Themen zunächst nicht einig sein kann. Es ist ein offenes Geheimnis, daß sich bei der Formulierung der Regierungserklärung gewisse Widerstände gezeigt haben. Dr. Stresemann, der in dem Augenblick, da seine heißen Wünsche der Reichsregierung erfüllt sind, „Anast“ vor seiner eigenen Nase, wollte die Formulierung der Sätze die sich auf die Außenpolitik beziehen, mit einer Art von Mäßigung des Ausdrucks und einer Konzilianz der Form versehen lassen, wie sie in der diplomatisch vollenständigen Form von dem bisherigen Reichskanzler Marx dem eigentlichen Führer der Außenpolitik im vorangegangenen Jahre, selbst wurde. Selbstverständlich verlangt aber neben den Deutschnationalen von denen das nach ihrer Seite im Wahlschlachtfeld selbstverständlich ist, auch die Kräfte des Herrn Dr. Stresemann selbst eine „schärfere“ Sprache. Man sieht hier wieder deutlich, wie leichtfertig die politischen Erziehungsmethoden des Herrn Dr. Stresemann gewesen sind, der antwortend wieder einmal seine eigenen Kräfte stark übertrieben hat. Die Schüler sind dem Meister über den Kopf gewachsen. Sie sehen nur mehr das Ziel, auf das Dr. Stresemann sich abrichtet hat, das Ziel der großen, geeinigten deutschen „Bürgerpartei“, die sie in letzter Konsequenz der von Stresemann verfolgten Sammelkurspolitik der bürgerlichen Parteien aufbauen. Das geht Herrn Dr. Stresemann aber viel leicht nicht an, wie man aus dem Strich weiß, er ist eine Person in der großen, geeinigten Bürgerpartei in gewissem Sinne zu fürchten hätte, und nun macht er Opposition in dem Kabinett, das nach dem Willen der Reichsregierung die Vorherrschaft des Reichs im Bürgerblock darstellen soll. Stresemanns Gesicht ist gewiß etwas traurig. Es beweist aber wieder einmal, daß man neben der Taktik, die unter Umständen ziemlich weit gehen kann, nie die Basis seiner politischen Grundprinzipien verlassen darf. Herr Luther wird nunmehr zusehen müssen, wie er die feindlichen Brüder befriedigt.

Generell ist von unserem Standpunkt aus zu sagen, daß die Außenpolitik auch in der Zukunft den Primat vor der Innenpolitik behalten muß, und daß deshalb auch die Abschnitte der Regierungserklärung, die sich mit der Außenpolitik beschäftigen, genau und eindeutig präzisieren sein müssen, im Sinne der Anerkennung der bisherigen außenpolitischen Linie des Kabinetts Marx. Wenn sich nunmehr in der Frage der Militärkontrolle und der Frage der Hinausschiebung der Räumung der Weimarer Zone bereits Schwierigkeiten im neuen Kabinett zeigen, so kann man daran zweifeln, daß die Politik Luthers die organische Fortführung der bisherigen Außenpolitik sein wird. Man wird zunächst also die Regierungserklärung abwarten müssen, und daraus folgern können, welcher Art die Einigung des Kabinetts gewesen ist, und wohin der Kurs führen soll.

Was die Innenpolitik angeht, so wird naturgemäß das Zentrum an der bisherigen verfolgten Politik der mittleren Linie nicht rütteln lassen. Sollten sich die Deutschnationalen zu einer eben solchen Erkenntnis durchringen, so müßten wir das vom allgemeinen vaterländischen Interesse aus begrüßen. Im vornehmenden Falle werden sie sich für jeden unbesonnenen Schritt die Opposition des Zentrums vor Augen halten müssen. Herr Dr. Luther hat beim Empfang der Berliner Presse am Samstag erklärt, daß er sachliche Arbeit zu leisten gedenke. Es scheint, als ob Herr Dr. Luther betonen wollte, daß er die Politik bei dieser sachlichen Arbeit eingeschaltet wissen will. In dem politischen Stadium, in dem wir uns gegenwärtig befinden, ist es natürlich vollkommen unmöglich, sachliche Arbeit ohne politische Einstellung zu leisten. Unter diesem Vorwande könnten sich leicht auch die Ziele verbergen, die die Deutschnationalen im Sinne haben. Umso mehr ein Grund, auch hier mit der größten Aufmerksamkeit die Entwicklung weiter zu verfolgen, die mit der Ernennung Dr. Luthers zum Reichskanzler ihren Anfang genommen hat. Für die weitere ruhige Entwicklung wäre es natürlich viel besser gewesen, wenn der bisherige Reichskanzler Marx das Steuer des Reichsschiffes verantwortlicher weiter geführt hätte. Denn schließlich hätte alles anders kommen können und es wäre auch alles anders gekommen, wenn die Deutschnationalen und noch mehr ihr vorkommendes Ansehen nicht in einer so schamlosen und brutalen Weise es dank der vollstündigen Kollaboration des Deutschen Reichs zu erreichen gemocht hätten, daß Reichskanzler Marx einer der wenigen deutschen Staatsmänner der Nachkriegszeit, durch den absoluten Widerstand von dieser Seite um den Erfolg seiner Arbeit gebracht wurde.

Wir sind jedenfalls der Meinung, daß die politische Kraft, die Marx dem deutschen Volke schenkte, nicht endgültig verloren sein wird. Aber schon der zeitweilige Verlust einer derartigen Führernatur die nicht in brutaler Machtergreifung, sondern in der Lauterkeit des Charakters und dem großen Kredit der Persönlichkeit im In- und Auslande wurzelt, ist für das deutsche Volk verhängnisvoll genug. Es ist keine angenehme Aufgabe, in dieser Stunde weitgehender innenpolitischer Zersplitterung auf einige Merkmale der Entwicklung in der Form hinweisen zu müssen, wie es oben geschehen ist. Die Verantwortung dem Lande und dem Volke gegenüber, die Lösung gegenüber der Person des Reichskanzlers Marx und die Pflicht, das Prestige der Zentrumspartei auch in diesen schweren Tagen zu verteidigen zu müssen, zwingt uns dazu. Denn man wird sich keiner Täuschung darüber hingeben dürfen, daß alle Abgaben, die der ehrlich einer Lösung hinstrebende Marx sich von gewissen Parteien und ihren Führern holte, niemand anders als dem deutschen Zentrum gelten, jener Partei, die sich nun einmal als die Hüterin des Erbes einer völkerausgleichenden und klassenverbühnenden Staatspolitik fühlt, jener Partei, die sich in der Errettung des hehren Ziels der Volksgemeinschaft auch heute noch nicht vom Tross aller Anwürfen von rechts und links dazu hergeben wird, Klassenkampfziele, gleich von welchem Extrem sie kommen mögen, zum Siege zu verhelfen.

Wenn sich das Zentrum trotz aller Ungerechtigkeiten, denen es ausgesetzt war, entschloß, dem Kabinett Luther zunächst mit Duldsamkeit und Zurückhaltung gegenüberzutreten, so zeigt das nur von dem Verantwortungsbewußtsein der großen Volkspartei der Mitte.

**Die Katholiken in Sachsen.**

Zu der sächsischen Volkszeitung vom 15. Januar veröffentlichten die katholischen Organisationen und Vereine des Freistaats Sachsen folgende Erklärung: „Die Unterzeichneten geben anlässlich der in letzter Zeit von verschiedenen Seiten eingeleiteten Bemühungen, die Entwicklung des Katholizismus in Sachsen mit allen nur möglichen Mitteln zu verhindern, folgende Erklärung ab: Die sächsischen Katholiken werden das Recht der Reichsverfassung auf Gleichberechtigung mit allen anderen Staatsbürgern nachdrücklich für sich in Anspruch nehmen. Nach diesem Recht regelt vor allem jede staatlich anerkannte Konfession ihre kirchlichen Angelegenheiten völlig selbständig, ohne die geringste Beeinträchtigung von irgend einer Seite. Die 800 000 Katholiken Sachsens werden es darum als ihre vornehmste Pflicht ansehen, durch Errichtung von Pfarren, Erbauung von Gotteshäusern, Gründung von caritativen Anstalten und andere ihnen geeignete erscheinende Mittel für sich und ihre Glaubensgenossen in Sachsen die größtmögliche Sorge zu tragen. Sie werden diese Sorge um so weniger außer acht lassen, als die religiösen und kirchlichen Belange der sächsischen Katholiken infolge der Einschränkung des katholischen Lebens in den früheren Jahrhunderten bis zur neuen Reichsverfassung auf Schritt und Tritt unterbunden waren; und zwar so, daß kein anderes Land im ganzen Deutschen Reich heute noch so schwer an den Folgen solcher Zustände, an dem Mangel der kirchlichen Versorgung zu tragen hat, wie das Bistum Meißen.“

Die Katholiken in Sachsen werden auch mit Rücksicht auf das, was der Katholizismus in schwersten Zeiten nach der Revolution für Christentum und Glauben bereits erkämpft hat, sich nicht die Ueberzeugung nehmen lassen, daß sie ein wesentlicher Faktor für den Wiederaufbau unseres deutschen Landes auf allen Gebieten sind. Die Katholiken in Sachsen werden nach wie vor im Geiste ihres Bischofs, Dr. Christian Schreiber, mit allen übrigen Volksgenossen und mit allen gläubigen Christen im Lande Schulter an Schulter für das christliche Ideal ihre Kraft einsetzen. Mit allem Nachdruck aber sprechen sie die Hoffnung aus, daß auch auf der anderen Seite, überall dort, wo man sich gläubig und christlich nennt, ebenso intensiv und in dem gleichen Geiste der Duldsamkeit für das christliche Christentum gearbeitet werde, und daß man nicht statt dessen die Kraft vergeblich im Kampfe gegen die eigenen Mitchristen.

Unglaube und Freidenkertum arbeiten in rühriger Weise. Es ist Pflicht, ihnen in eigener Arbeit entgegenzutreten und der im Verfall begriffenen deutschen Kultur ein neues Fundament zu geben. Aber diese Bestrebungen des Glaubens werden von Leuten, die sich christlich nennen, vielfach weniger beachtet als die Arbeit des katholischen Volksteiles. Wenn sich in Sachsen die mannigfaltigsten Gruppen in allen Städten Bestände errichten, so nimmt man hiervon kaum Notiz. Tritt aber der Katholizismus in irgend einer, auch nur bescheidenen Form, in das öffentliche Leben, so erhebt sich der Geist der Unduldsamkeit. Wir erachten es als eine Forderung, aller Katho-

liken und Protestanten, wenn dieser Geist noch weiter um sich greifen sollte. Wir wollen ein einiges, christliches Sachsen und werden jeden zu uns zählen, der in dieser Sinne mit uns zu arbeiten gewillt ist.“ Es ist selbstverständlich Ehrensache aller deutschen Katholiken, die sächsischen Glaubensbrüder in dem Kampfe um ihr gutes Recht nach Kräften zu unterstützen.

**Die neuen Minister.**

Der Minister des Innern Martin Schiele, welcher der Deutschnationalen Volkspartei angehört, ist 1870 geboren und evangelischer Konfession. Er hat seinen Wohnsitz jetzt als Rittergutsbesitzer und Fabrikant in Neudorf, Kreis Jericho II. Seit 1914 ist er Mitglied des Reichstags. Seit Dezember vorigen Jahres ist er mit dem Vorsitz der Deutschnationalen Reichstagsfraktion betraut.

Reichspostminister Stinckel gehört der bayerischen Volkspartei an. Als Oberpostdirektor war er in Landshut tätig und wurde darauf Staatssekretär und Leiter der Personalabteilung im bayerischen Verkehrsministerium. Nach dem Uebergang der bayerischen Postverwaltung übernahm er die Leitung der Zweigstelle München des Reichspostministeriums. Im November 1922 wurde er im Kabinett Cuno mit dem Amt des Reichspostministers betraut. Er ist Mitglied der Bayerischen Volkspartei, gehört aber nicht den Reichstagsfraktionen an.

Der neue Reichswirtschaftsminister Dr. Albert Neuhaus, geboren 1878, war zunächst im Gerichtsamt als Referendar und Assessor beschäftigt und dann Justizrat bei der Regierung in Düsseldorf. 1906 wurde er als Assessor des allgemeinen Verwaltungsdienstes angenommen, seit 1. 10 1908 Hilfsarbeiter im preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe, 1909 zum Regierungsrat und Vortragender Rat, 1914 Ernennung zum Geh. Oberregierungsrat, 1918 zum wirklichen Geh. Oberregierungsrat und Ministerialdirektor. Am 1. Januar 1921 schied Neuhaus aus dem Justizdienst aus.

Der zum Reichsjustizminister ernannte Oberlandesgerichtspräsident Frenkel ist 70 Jahre alt und ein alter Beamter preussischer Ämter. Er war vor dem Kriege Personalreferent im preussischen Justizministerium und wurde dann während des Krieges zur Leitung des sächsischen Unterstaatsministeriums für Kultur und Justiz nach Straßburg berufen. Nach dem Kriege wurde er Präsident des Oberlandesgerichts in Köln.

**Die Handhabung des Artikels 48.**

Berlin, 19. Jan. Sämtliche Fraktionen mit Ausnahme der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung treten heute nachmittag im Reichstag zusammen. Einengangs ist eine Ergänzung zur Denkschrift über den Personalabbau. Die Fraktionen der Deutschen Volkspartei, des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei, der Deutschnationalen und der Wirtschaftlichen Vereinigung haben eine Interpellation eingebracht, die sich mit dem deutsch-baltischen Handelsabkommen beschäftigt und darauf hinweist, daß auch bei diesem Abkommen ähnlich wie beim deutsch-spanischen Handelsabkommen die für den deutschen Wiederaufbau unerlässlichen Veranlassungen für den italienischen Wein in Anspruch genommen werden.

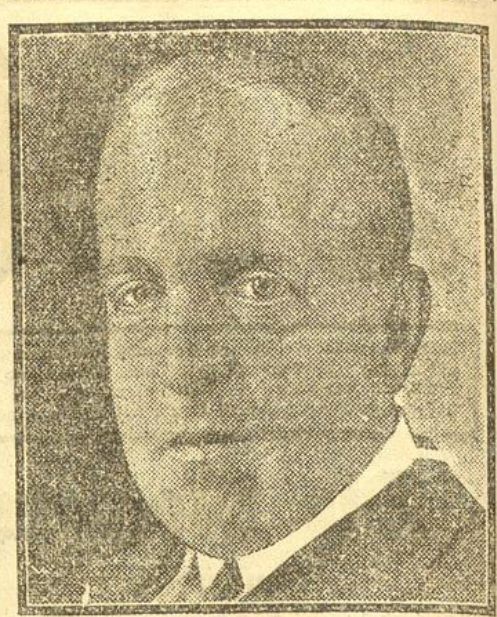
**Baden.**

**Das Prämiensystem bei der Reichseisenbahn**

wurde in einer Sitzung des Haushaltsausschusses des Bad. Landtags anlässlich der Besprechung des Leipziger Schiedsprüchses bezüglich der Beamtenabgeltung einer Kritik unterzogen. Dabei machte ein sozialdemokratischer Abgeordneter Mitteilungen über die jüngst von der Reichsbahn ausbezahlten Prämien. Für die Gruppe 1-9 betragen sie 120-600 Mk. Ab Gruppe 10 und höher habe man 6000-12 000 Mk. an Prämien verteilt. Insgesamt waren 85 Millionen Mark als Prämien vorgezogen; für Einzelbeholdungen hat man 17 Millionen Mark reserviert, aber 68 Millionen für Vierteljahrsprämien ausbezahlt. Dadurch daß man nur ein Siebtel der Beamten mit Prämien bedachte, sei eine völlige Demoralisierung eingetreten. Auch seien die Prämien für die oberen Beamten per Kopf angewiesen worden.

Auch wir haben von diesem Prämiensystem schon einiges gehört. Unter den Eisenbahnbeamten nennt man sie bereits „Mumrennationen“ im Gegensatz zu den „Kammerrenten“, weil, wie man sagt, dieses Prämiensystem mit seiner Siebtelung dazu führt, daß die, welche sich eine Prämie sichern wollen, viel herumrennen müssen. Der Effekt ist der, daß solche, die herumrennen, vielleicht etwas bekommen, während andere, die gleichmäßige und gewissenhafte Beamte sind, nichts bekommen, weil sie nicht „rumrennen“. Zum Verständnis für dieses Prämiensystem beruft man sich darauf, daß es von der Privatindustrie übernommen und deshalb berechtigt sei, weil ja auch die Reichsbahnen heute nach Art der Privatindustriemethoden betrieben würden. Finanzminister Dr. Köppler hat, wie man hört, wegen der Prämien Verteilung bei der Hauptverwaltung erhoben, ebenso wegen der Entlassung baltischer Eisenbahnbeamten, wo doch so große Summen für „Mumrennationen“ übrig waren.

Ohne Zweifel: dieses Prämiensystem kann böses Blut machen und besonders in einer Zeit wie der gegenwärtigen. Es fehlt bei dieser Art der Verteilung von besonderer Anwendung genau so die Rücksicht auf die psychologische Wirkung der Maßnahme bei



Reichswirtschaftsminister Dr. Neuhaus (Deutschnational).

der Gesamtheit der Beamtenschaft, wie diese Rücksicht bei der obersten Geesetzgebung im Krieg fehlte. Wer diesem System das Wort gesprochen hat, war schlecht beraten. Aber es stimmt zu der ganzen Art, wie man in letzter Zeit Beamtenschaft vom Reich aus getrieben hat. Wir können nur eins sagen: So darf man nicht weiter machen, wenn man nicht die Bedenken moralischer Totaluntergraben will. Man greift sich an die Stirne über solche Ungleichheit in Behandlung dieser Fragen. Und diese Dinge gehen vor sich, anscheinend ohne daß man Volksvertretungen oder Beamtensorganisationen irgendwo ins Vertrauen zog. Und wenn irgendwo mit Recht an die Organisationen heranzutreten wäre, dann in solchen Fragen. Wir können uns nur wundern über das hier zum Ausdruck kommende psychologische Unverständnis für die psychologische Wirkung eines solchen Vorgehens. Hier kann man nur fragen: Will man ein solches System beibehalten und wie will man es rechtfertigen? nein! — entschuldigen? —

**Die bayerischen Deutschnationalen und die Kämpfer.**

Im Bayerischen Landtag haben die Deutschnationalen (Christliche Volkspartei), wie bereits gemeldet wurde, den Antrag gestellt, die Staatsregierung solle dem Landtag eine Uebersicht vorlegen, wie viele Kämpfer, bzw. Orden und Kongregationen sich seit dem Inkrafttreten der Reichsverfassung von 1919 und in Auswirkung des Art. 124 der Reichsverfassung in Bayern niedergelassen, inwiefern sich diese also vermehrt haben, ferner welche Orden und Kongregationen sich an dieser „Vermehrung“ beteiligt hätten und wo sich diese befinden. Der deutschnationale Antrag auf diese Kontrollierung der katholischen Ordensniederlassungen wurde vom Landtag angenommen.

**Dazu schreibt die Freib. Tagespost u. a.:**

„In dieser Vorfall eigentlich etwas Besonderes? Durchaus nicht. Genau so haben wir die Deutschnationalen Kämpfer eingeschätzt und vor den Kämpfern die Katholiken ernstlich davor gewarnt. Wir wußten darauf hin, daß die Angelegenheit nicht darüber sprechen, daß die katholischen Ideale, insbesondere die Freiheit der katholischen Kirche, bei diesen Gerichten sich nicht durchsetzen werden könnten. Das Vorhaben der Annahme des bayerischen Kontrabandes hat dies von neuem bestätigt, mit erschreckender Deutlichkeit aber dieser neue Antrag. Wir Katholiken empfinden in diesem Anfinnen eine unerhörte Herausforderung und Anmaßung. Was gehen die Deutschnationalen an? Orden und Klöster der katholischen Kirche? Wir wissen wohl, daß die Zunahme der Ordensleute gewiss keine Fortschritte, namentlich die in der Luft des Evangelischen Bundes lebenden, gewaltig aufweist. Man in tiert eine zweite Gegenreformation, einen neuen Vorstoß der kirchlichen Weltmacht, eine Befestigung des kirchlichen Wertes. Einstens war es ja so einfach: man sicherte dieses Wert durch staatliche Gewaltmittel. Die Weimarer Verfassung gab gleiches Recht für alle. Unter dem protestantischen Hofregiment Kaiserzeit gab es so etwas nicht. Nach diesen Zeiten schenkt man sich wieder zurück. Es muß festgehalten werden, daß sich die Deutschnationalen nicht nur politisch, auch was die Freiheit der katholischen Kirche angeht, zum Spracherbitter jener Wünsche machen. Der Evangelische Bund kann zustimmen sein. Was sagt dazu der deutschnationale „Katholiken-Ausschuß“?“

Der deutschnationale Katholiken-Ausschuß wird zu dem genau soviel sagen, wie er das bisher bei allen Gelegenheiten getan hat, bei denen er seine katholische Energie hätte beweisen sollen. Er läßt viel lieber der katholischen Kirche und den Uebersetzungen der Katholiken Unrecht tun, als daß er der deutschnationalen Partei einmal wehe tut, indem er sich energisch gegen den Reichsbotschaft in der Partei wehrt. Wenn alle deutschnationalen Katholiken so gämen wären, wie die deutschnationalen Katholiken-Ausschuß, dann bräuchten die Deutschnationalen noch viel weniger Rücksicht auf die Katholiken zu nehmen, als dies jetzt schon gemeinhin bei ihnen geschieht. Kennt doch s. B. die deutschnationale „katholische Tageszeitung“ Oberbadens, die freie Stimme, nach ihrem ganzen Gebaren zu schließen, keinen schimmernden Feind, als eben jene Partei, die sich seit ihrem Bestehen als einzige um die Belange der deutschen Katholiken mit grundsätzlicher Entschiedenheit angenommen hat, d. h. das Zentrum.

# Die Neuordnung der Weltwirtschaft.

Von Heinz Manthe (Vöppard).

Die Weltwirtschaft ist durch den großen Krieg so gründlich zerstört worden, daß ihr Wiederaufbau, wie wir an den endlosen Verhandlungen über neue Handelsverträge sehen, die größten Schwierigkeiten bereitet. Und doch ist gerade für Deutschland diese Neuordnung gegenwärtig eine der wichtigsten Fragen unter den vielen, deren Lösung oder Nichtlösung sein künftiges Schicksal mitbestimmen. Wenn man sieht, wie gegenwärtig die Kaufleute, die Industriellen und die Diplomaten der Länder miteinander feilschen, um neue Handelsverträge zu schließen — oder nicht zu schließen, dann möchte man zuweilen daran zweifeln, daß die Vorkriegszustände wieder eintreten würden. Man hat oft genug den Eindruck, als gälte es bei manchen Leuten immer noch, den Krieg mit anderen Mitteln weiter zu führen, der doch bereits seit 1918 zum Unheil Europas zu Ende gegangen ist. Man arbeitet ja jetzt daran, den Vorkriegszustand wieder herzustellen, den Wirtschaftsgesographen (z. B. Sunan in den „Weltlinien der allgemeinen politischen Geographie“, Berlin 1922) das Nationalitätssystem genannt haben.

Das Nationalitätssystem würde einen freien Wettbewerb selbständiger Staaten darstellen, die alle an dem großen Austausch teilnehmen, der ununterbrochen zwischen den Gebieten der Rohstoffe und der Nahrungsmittel und denen der Industrieerzeugnisse sich vollzieht. Wer sich in der gegenwärtigen Lage auskennt, der weiß sofort, daß ein solcher Zustand augenblicklich nicht besteht und auch solange nicht möglich ist, als internationale Verträge und Vereinigungen einen gewissen Kreis von Staaten anderen gegenüber als bevorzugt und bevorrechtigt hinstellen. Es müßten z. B. die Tropengebiete, die in diesem Kreislauf in erster Linie als Lieferanten von Rohstoffen und Nahrungsmitteln eine Rolle spielen, entweder selbständig sein, oder sie müßten als Kolonien jedem Staat zum Zweck des Handels ohne Einschränkung geöffnet sein, oder es müßte jeder Staat das Recht und die Möglichkeit haben, sich in Form von Kolonien ihm nötige Gebiete zu verschaffen. Man vergleiche Deutschlands Lage, um zu sehen, wie weit wir von diesen Notwendigkeiten noch entfernt sind.

Aber selbst wenn diese Voraussetzungen alle erfüllt wären, so wäre dennoch das Nationalitätssystem noch nicht möglich. Seine wichtigste Voraussetzung wäre, um mit Wilsons berühmtem zweiten Punkte zu reden: — vollkommene Freiheit der Schifffahrt auf dem Meere außerhalb der territorialen Gewässer im Frieden sowohl wie im Kriege. Wie es damit steht, zeigt ein Blick auf eine politische Erdkarte, die überall dort enalischen Besitz zeigt, wo sich die internationalen Handelswege am leichtesten überwinden und wenn es England gefällt, sperren lassen. So wie die Dinae jetzt liegen, ist von einer Freiheit der Meere nur für den Staat die Rede, der stark genug ist und seinen Handel selbst zu schützen. Wer aber kann das heute? Schiffsverkehr außer England noch die Union und im Osten Japan! Durch eine einseitige Abrüstung hat man diesen Zustand zu bereinigen versucht. Würde die Abrüstung allseitig gestaltet, dann wäre eine reiflose Durchführung des Nationalitätssystems möglich, und damit eine Erneuerung des Welthandels auf der Grundlage eines wirklich freien Wettbewerbes. Damit aber sieht es solange übel aus, als im Artikel 8 des Völkerbundstatuts gesagt wird:

„Der Rat hat die Aufgabe, unter Berücksichtigung der geographischen Lage und der besonderen Umstände eines jeden Staates die Abrüstungspläne vorzubereiten.“ Das ist ein sehr dehnbarer Satz, mit dem man jede Abrüstung, aber auch jede Rüstung rechtfertigen kann. Und selbst, wenn auf ihm fußend einmal etwas beschlossen wird, was nach Abrüstung aussteht, dann kann man ja immer noch die Anerkennung verweigern — wenn man zu den Siegern von 1918 gehört!

Man sieht, eine Regelung im Sinne des Nationalitätssystems würde keine Fortschritte gegenüber der Vorkriegszeit bedeuten, denn nach wie vor bliebe der Schwache nur geduldet und vom guten Willen der Mächtigen abhängig. Das Nationalitätssystem kann wirtschaftspolitisch nur eine Lösung im Sinne und mit den Hilfsmitteln der alten Methode der Diplomatie bringen.

Im Geiste dieser alten Schule wäre auch eine Gliederung der Weltwirtschaft möglich, die Sunan das „Allianzsystem“ nennt. Der Wilsonsche Völkerbund ist im Grunde nichts anderes, nur daß er etwas demokratischer aussieht, als etwa die „Heilige Allianz“ der christlichen Monarchien des vorigen Jahrhunderts. Solche Allianzen sollen gewöhnlich dem Weltfrieden dienen, sie sind aber in Wirklichkeit durchweg Bündnisse der Sieger gegen den Besiegten. So war es 1815, so ist es auch jetzt. Daher rührt auch im Grunde der Widerstand gewisser Staaten gegen die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund. Solche Allianzen sind in erster Linie ein Notbehelf gegenüber dem Bestehenden und eine Sicherung der Bundesgenossen vor Auseinandersetzungen und Streitigkeiten untereinander, die man tunlichst lange hinauszögern will, damit der Bestege keinen Vorteil daraus zieht. Inzwischen sichert man sich durch Geheimverträge Bundesgenossen für den unvermeidlichen Fall, daß die Allianz — meinetwegen auch die „entente cordiale“ — in die Brüche geht. Ein solcher Bruch muß aber für das Wirtschaftsleben entsetzliche Rollen haben, deren Wirkungen auch die Mächte nicht ablehnen können, die die Allianz — meinetwegen auch die „entente cordiale“ — in die Brüche geht. Ein solcher Bruch muß aber für das Wirtschaftsleben entsetzliche Rollen haben, deren Wirkungen auch die Mächte nicht ablehnen können, die die Allianz — meinetwegen auch die „entente cordiale“ — in die Brüche geht.

Der Streit vieler Mächtigen ließe sich nur vermeiden, wenn es nur einen Mächtigen, d. h. wenn es ein „Universalitätssystem“ gäbe, wie es Rom im Mittelalter lange Zeit hindurch verwirklicht hatte. Spätere Versuche, ein solches aufzurichten, scheiterten, weil andere Mächte aufkommen waren, die sich nicht beugen wollten: der Streit zwischen Kaiser und Papst im Mittelalter ist dafür ein Beispiel; die Kämpfe um das europäische Gleichgewicht im 16., 17. und 18. Jahrhundert entstanden aus der gleichen Wurzel. Wenn ein Reich zur Errichtung eines solchen Universalitätssystems in Frage käme, dann wäre es sicher England, das mit seinen Besitzungen alle Meere und fast alle Erdteile beherrscht. Ehe es aber seine Herrschaft verwirklicht hätte, wären aber doch noch einige Konkurrenten zu beseitigen, die wenigstens für Teile der Welt eine ähnliche Hegemonie beanspruchten würden: die Union und Japan. Ein solcher Streit aber würde eine Erschütterung der Welt bedeuten, gegen die der Weltkrieg eine Kleinigkeit gewesen wäre. Und der Ausweg wäre noch fraglich. Ob das enalische Volk noch imstande wäre, eine solche Belastungsprobe auszuhalten? Ob nicht einzelne Teile — Indien, Kanada, Mexiko

— sie als unwiederbringliche Gelegenheit zur Erringung nationaler Selbständigkeit betrachten würden? Und auch sonst würden bei einem solchen Streite Energien frei, die jetzt durch das Allianzsystem gebunden sind; sie würden sicher als willkommenen Helfer umworben werden. Am Ende aber würde auch hier eine derartige Zerrüttung der gesamten Weltwirtschaft das Ende bilden, daß eine Erneuerung in absehbarer Zeit ausgeschlossen erscheinen müßte. Man hat daher bei dem Verlagen aller bisherigen Methoden ein viertes System empfohlen, das „Föderativsystem“.

Die Träger eines solchen Föderativsystems wären England, die Union und Japan. Ansätze dazu sind bereits reichlich vorhanden. Es müßten sich also drei Gruppen bilden, von denen jede auch Gebiete umfaßt, die in der Rohstoff- und Nahrungsmittelzone lägen, um einen weitgehenden Erzeugungsaustausch zu sichern. Dadurch würden zahllose Reibungsmöglichkeiten ausgeschaltet und dem Weltfrieden wäre in großem Maße gedient. Eine völlige Abschließung in jeder Gruppe wäre natürlich ausgeschlossen, vielmehr würden sie untereinander durch Verträge in ein geordnetes Handelsverhältnis zu treten haben. Die einzelnen Gruppen brauchten nun natürlich kein einheitliches Staatsgebilde darzustellen; das würde doch nur nationalitätliche und chaotische Hemmnisse hervorbringen. Vielmehr würden die einzelnen staatlichen Mitglieder einer solchen Föderation durch eine Zollunion verbunden sein, der sich weitgehende Vereinheitlichung der Verkehrsmittel, Geldmittel, Handelsgesetzgebung usw. zwanglos und notwendig angliedern würde. Wie gesagt, bestehen Ansätze zur Bildung solcher Gruppen schon seit langem. In Amerika ist die Monroe Doktrin von 1823 die Grundlage; die natürliche Gestaltung des amerikanischen Doppelkontinentes kommt der Bildung eines panamerikanischen Wirtschaftsbundes nur entgegen. In Mittelamerika ist der Einfluß der Union gesichert, in Südamerika ist er während des Weltkrieges bedeutend gewachsen. Teilschle Entwicklungsrichtungen vollziehen sich in Ostasien, wo Japan, gestützt auf die Massenverwandtschaft der Mongolen, eine große Wirtschaftseinheit bildet. Der englische Wirtschaftsbund ist bereits fertig, er hat den großen Vorteil für sich, daß seine Mitglieder auch politisch untereinander in festem Zusammenhang stehen, wie ihn das „British Empire“ darstellt. Durch Einführung von Schutzzöllen (Anti-Dumpingzöllen) hat sich dieser Verband schon mehrfach nach außen hin als Sonberheit abgegrenzt.

Eine Sonderstellung in diesem System nimmt lediglich das festländische Europa ein. Namentlich seine industriellen Gebiete, in erster Linie also Deutschland, lassen so recht in keine andere Gruppe hinein, da sie deren auf Austausch beruhende Grundlage wesentlich aus dem Gleichgewicht bringen würden. Für Deutschland käme ja nur die englische Gruppe in Betracht. Das bedeutete aber das Ende seiner Industrie, die durch den Wettbewerb der englischen Fabriken völlig zerstört werden würde. So bliebe Deutschland nur die Möglichkeit, mit seinen industriellen Nachbarn bereit, einen europäischen Wirtschaftsbund zu bilden. Rußland und die Türkei als vorwiegende Rohstoffländer würden wichtige Bestandteile einer solchen Kombination sein. Aber auch Frankreich müßte in seinem eigenen Interesse dazu gehören. Wir sind aber noch sehr weit von einer derartigen Regelung der Schwierigkeiten weg. Die gegenwärtigen Verhandlungen um die Handelsverträge zeigen das deutlich. Aber gerade aus den Verhandlungen mit Frankreich wird

deutlich, daß etwas mehr geschaffen werden muß als ein bloßer Handelsvertrag im Stile der alten Diplomatie und Wirtschaft. Dringend ergibt sich immer wieder schon seit Jahren die Notwendigkeit, die Interessen der französischen und der deutschen Schwer- und Montanindustrie auszugleichen und zu einem gedeihlichen Zusammenwirken zu bringen. Und wenn die Notwendigkeit eines Weges einmal vorliegt, dann darf man hoffen, daß dieser Weg selbst auch einmal gefunden und beschritten werden wird. Die Hauptvoraussetzung dazu ist das Vertrauen der Völker zueinander. An ihm aber fehlt es noch sehr. Hier muß zunächst die allgemeine Arbeit aller Gutgesinnten in Politik und Wirtschaft einsetzen. Wir brauchen einen „Föderalismus des Vergessens und des Nennens“, ohne den immer wieder die Fehler und Sünden der Vergangenheit den Blick und den Weg in die bessere Zukunft verbauen!

## Deutschland.

### Eine Gesetzesvorlage zum Auerbenrecht.

Berlin, 19. Jan. Am Samstag traten die Vertreter der großen landwirtschaftlichen Organisationen im Reichsernährungsministerium zur Formulierung der landwirtschaftlichen Wünsche nach einer Gesetzesvorlage zum Auerbenrecht zusammen. Wie die Telegraphen-Union erfährt, gelang es, für die landwirtschaftlichen Organisationen eine annehmbare Formel zu finden. Damit dürfte in der Vorbereitungsarbeit für dieses Gesetz ein wesentlicher Schritt vorwärts getan sein.

## Frankreich.

### Sensationen des „Matin“ über Kamerun.

Berlin, 19. Jan. Der „Matin“ weist an hervorragender Stelle auf den wirtschaftlichen Aufschwung Kameruns seit der Ausübung der französischen Verwaltung hin. Das Blatt macht u. a. sensationelle Angaben über den Ausbau der Eisenbahnenlinien. Die Ausfuhr aus Kamerun sei in 1923 auf 41 Millionen Franken gestiegen.

Demgegenüber stellt die Telegraphenunion nach Erkundigungen an unterrichteter Stelle fest, daß Frankreich in Kamerun für den Ausbau der Eisenbahnenlinien mit Ausnahme einiger Aufräumungsarbeiten nichts Nennenswertes getan hat. Erst im letzten Jahre ist das Mandatsgebiet ermächtigt worden, eine Anleihe für den Ausbau aufzunehmen, von der bis jetzt nur sehr geringe Summen ausgegeben sind. Der Export von Deutschland betrug im Jahre 1923 30 1/2 Millionen Goldfranken, im Jahre 1923 (also im enalischen und französischen Mandatsgebiet) 15 1/2 Millionen Goldfranken. Der Gesamt-handel von französisch-Kamerun betrug nach dem französischen Mandatsbericht von 1923 96 Millionen Papierfranken. Das entspricht für das gesamte Schutzgebiet einer Summe von 33,9 Millionen Goldmark, d. h. Frankreich hat im Jahre 1923 die Zahl erreicht die Deutschland im Jahre 1909 erreicht hatte. Im Jahre 1909 betrug der Gesamt-handel Kameruns 33,4 Millionen Goldmark, im Jahre 1913 64 Millionen Goldmark.

### Ein französischer Protest in Moskau.

Paris, 19. Jan. Der französische Botschafter in Moskau hat den Auftrag erhalten, gegen die letzte Rede des Vorsitzenden des Rates der Volksbeauftragten Rykows Protest einzulegen. Rykow hatte in dieser Rede die Gesetzmäßigkeit der Rückzahlung der früher von Frankreich an Rußland gewährten Anleihen bestritten, da dieselben imperialistischer Charakter beizumessen sei.

## Am das Erbe der Dremendis.

Kriminalroman aus der Gegenwart von Erich Ebenstein.

47) Fernau wollte eben hingehen, um die Jungen auf das Gefährliche aufmerksam zu machen, als jenseits der Wiese auf der Landstraße ein Reiter erschien, in dem sein scharfes Auge Valentin v. Hergell erkannte.

„Na, da kann ich mir die Mühe ja sparen“, dachte Fernau, hinter ein Schlehdorngebüsch tretend. „Der wird ihnen schon seine machen. Und daß ich hier einen kleinen Abendspaziergang machte, braucht er schließlich nicht zu wissen.“

Die Jungen hatten indessen keine Ahnung von der ihnen nahenden Gefahr. Durch den Sturz des Brettes war ein Stück der Bretterwand frei geworden und einer der Knaben entdeckte darin einen Spalt.

„Da kann man hineinschauen!“ schrie er. „Ja, und da ist ja gar kein Heu drin! Schau nur! Da steht was, über das ein Tuch gebreitet ist.“

Er konnte nicht vollenden, denn im selben Augenblick tauchte flackernd ein Hieb mit der Reitaerte über seinen Rücken dem viele andere folgten, die in blinder Wut nach allen Seiten liefen.

Es war Valentin, der vom Pferd gestiegen war und sich den um den Spalt gedrängten Jungen auf dem feuchten Wiesenboden lautlos genähert hatte.

Brüllend vor Schmerz und Schreck stoben die Jungen auseinander. Aber Valentins

Zorn schien sich noch lange nicht gelegt zu haben.

Fluchend verfolgte er die Knaben, unbarmherzig mit der Reitaerte auf sie einschlagend, so weit sie noch in seinem Bereich waren.

Fernau stand wie erstarrt den Blick unerbittlich auf Herasell gerichtet, der sornia herausstieß: „Vermalde die Brut! Was hast du hier zu tun? Ich werde euch schon lehren, zu pünktlich auf fremdem Grund!“ Flüche und Stöße folgten.

Fernau erfuhr erster Impuls war es gewesen, empört vorzuspringen und dieser mehr als brutalen Auffassung ein Ende zu machen. Aber dieser Impuls wich sofort namenlosem Stöhnen und einer Bestürzung, die ihn förmlich lähmte.

Wie — dieser Mann mit den kalten orantiam funkelnden Augen und der lodernen Wut im Gesicht war der lebensmüde, einmündende immer vornehm beherrschende Valentin v. Herasell?

Fernau hatte das Gefühl, als käme hier vor seinen Augen plötzlich ein bis zur Völlendung künstlerisch drabierter Vorhang durch sein Sinken etwas ungeahnt Furchtbares enthüllt.

Qualeich empfand er, der in seinem Beruf mutig die schwersten Gefahren begehrt hatte zum erstenmal etwas wie Furcht! Denn er hatte die Empfindung, als würde dieser Mann, wenn er ihn jetzt zu Gesicht bekäme, genau so mit der Reitaerte über ihn herfallen wie über die armen Dorfjungen.

Mehr einem Instinkt als einer Ueberlegung folgend ließ er sich zu Boden sinken und schob sich ohne Rücksicht auf seine Kleidung langsam tiefer in das Schlehdorngebüsch hinein.

Dabei dachte er mechanisch: „Warum diese sinnlose Wut? Was ärgert ihn denn so sehr?“

Die Knaben waren inzwischen verschwunden. Valentin wandte sich um und ließ einen langen trübenden Blick durch die Landschaft gleiten. Kopflos und schweigend lagen Wiesen und Wälder im frühen Grau der Dämmerung.

Die Sägemühle, das einzige sichtbare Gebäude außer dem Heuschäber, stand verlassen da.

Eine Weile verharrte Herasell reagenslos und dachte nachdenklich vor sich hin. Dann trat er an die freigeordnete Stelle der Stallwand, blickte durch den Spalt in das Innere und nickte, als habe ihm der Blick etwas Vermutliches bestätigt.

Was nun geschah, war sehr seltsam. Er eilte zur Sägemühle und rief mit lauter Stimme zu jemand hier sei? Als keine Antwort erfolgte trat er an ein kleines Blockhaus, das hinter der Mühle am Waldrand lag. Dort wohnte ein Holzflecht, der zugleich die Aufsicht über das Mühlwerk hatte, wenn dort nicht gearbeitet wurde. Die Tür war verschlossen. Der Mann war offenbar dem Samstag zu Ehren mit den anderen ins Wirtshaus gegangen.

Grasell warf noch einen Blick durch das kleine verriegelte Fenster, kehrte dann um, raffte vom Holzlagerplatz einen Arm voll Späne an den vier Ecken zwischen die aufgestellten Lohrstrahlen den Rest durch den freigeordneten Spalt in das Innere des Blockhauses und zündete nun die herausragenden Enden bedächtig an. Dann ging er von Ecke zu Ecke und setzte auch dort die Späne in Brand.

Erst jetzt bemerkte Fernau, der ihm aus seinem Versteck in atemloser Aufregung zusah, daß sich hinter den Brettern rings um das Gebäude allerlei dürres Reisig, Klauholz und aufgestapeltes Gerümpel befand, just, als habe man insoweit längst gearbeitet, um hier einen rasch und sicher brennenden Stachel zu schaffen.

Und plötzlich begriff er, was all dies zu bedeuten hatte: In dem Gebäude befand sich etwas, das niemand sehen sollte! Durch die Reiter der Knaben aber, die den Schleier dieses Geheimnisses gelüftet hatten, entstand nun die Notwendigkeit, es zu vernichten. Eine allem Anschein nach lange vorgegebene Notwendigkeit.

Und dies so formal gebührende, wohl vorbereitete Geheimnis gehörte Valentin v. Herasell! Dieser „klare, offene“ Mann hatte Geheimnisse, die ihn vor Wut zum brutalen Tier, vor Angst zum Brandstifter machten!

Einem blendenden Blitzstrahl gleich durchfuhr Fernau die Erkenntnis: Er ist der Mann den ich suche. Dieser große aller Komödianten hat mich bisher cenortt wie alle Welt, durch seine scheinbare Lauterkeit!

Da stand er, von den aufsteigenden Flammen beleuchtet, ein diabolisches Lächeln im blauen Gesicht ein anderer, als der den seine Umgebungen kannte. Ein unerschütterlicher, vor nichts zurückschredender Verbrecher!

Und drin brannte was seiner Meinung nach ihm allein noch hätte verderben können. Was? Der Junge hatte gesagt: „Da steht was, über das ein Tuch gebreitet ist.“

(Fortsetzung folgt.)

England.

Strafverfahren in London. Paris, 19. Jan. „Daily Mail“ meldet, daß in der vergangenen Nacht in ver- schiedenen Stadtvierteln Londons fünf Ir- länder und eine Irlanderin fest- genommen wurden. Aus den beschlag- nahmen Dokumenten geht hervor, daß sie zu einer Sinnenheilungsgruppe gehören, die sich das Ziel setzte, in Portsmouth Panzerkreuzer und U-Boote in die Luft zu sprengen.

Rußland.

Trotski kaltgestellt. Moskau, 19. Jan. Die „Kosja“ meldet, daß im Zentralausschuß der kommunistischen Partei nach Verlesung eines Briefes von Trotski, in dem dieser erklärt, zu seiner Rechtfertigung vor dem Ausschuß zu erscheinen, folgende Beschlüsse gefaßt worden sind: 1. Trotski wird aufgefordert, sich der Parteidisziplin nicht nur mit Worten, sondern auch tatsächlich zu beugen. 2. Da die Führung der Partei auf der Autorität der kommunistischen Partei beruhen muß, erachtet der Ausschuß, daß Trotski seine Ämter zu entheben ist. Seine spätere Verwendung in dem revolutionären Kriegsausschuß wird als unmöglich angesehen.

Die Frage einer späteren Mit- arbeit Trotskis im Zentralausschuß wird vorläufig zurückgestellt, bis sie auf einem nächsten Kongreß der Partei ge- regelt wird. Für den Fall einer Nichtaus- führung der Beschlüsse der Partei sieht der Zentralausschuß sich veranlaßt, Trotski die Beteiligung an den Arbeiten des Zentral- komitees zu verweigern.

Der Fall wird als erledigt angesehen. Die Entschliessung des Zentralkomitees stellt weiter fest, daß eine eiserne Disziplin die Gewähr für den Erfolg der kommunistischen Partei gebildet habe. Diese Disziplin zwingt die Partei, den An- griffen Trotskis ein Ziel zu setzen. Weiter besagt die Entschliessung, daß Trotski bei allen Diskussionen, zu denen er stets den Anlaß gegeben habe, als Wortführer der Klein- bourgeoisie aufzutreten sei. Seine antilaga- ristische Beurteilung der Rolle, welche die Bauern während der Revolution gespielt haben, wäre besonders gefährlich, da die Partei bestrebt sei, einen Kontakt zwischen der Industrie und den Bauern herzustellen. Die Haltung Trotskis, heißt es, untergrabe das Vertrauen der Bauern in die Politik der Arbeiter- und Bauernregierung.

Am die Anerkennung der russischen Schulden.

Paris, 19. Jan. Wie Savas aus Mos- kau u. meldet, hat Vostokoff Herbetts mit der Regierung in Moskau Verhandlungen wegen der Anerkennung der russischen Schulden ein- geleitet, die aber noch zu keinem Ergebnis geführt haben.

Ägypten.

Einberufung des ägyptischen Kabinetts. Paris, 19. Jan. Aus Kairo wird gemel- det, daß das ägyptische Parlament für den 23. März einberufen worden ist.

Persien.

Verhaftung des persischen Innenministers. London, 19. Jan. Telegramme aus Te- heran melden: Der persische Ministerprä- sident habe die Verhaftung des Innen- ministers General Emir Ekbar veranlaßt. Außerdem wurde eine ganze Reihe von Per- sonen festgenommen, unter denen sich auch ein weiterer Minister befinden soll. Als Grund für das Vorgehen des Ministerpräsi-

denten wird angegeben, die Verhafteten stin- den unter dem Verdacht, für russische Interes- sen gearbeitet zu haben.

Amerika.

6 Millionen amerikanisches Gold für Europa. London, 19. Jan. „Morning Post“ zufolge hatte das amerikanische Vintenschiff „George Washington“, das gestern Plymouth anließ, Goldbarren im Werte von 6 Millionen Dollars an Bord. Dieser Betrag, der von den Vereinigten Staaten für die vertrie- denen europäischen Länder zur Hebung der Weltbilanzen bestimmt ist, ist seit den Vor- kriegstagen der größte, der von einem Schiff nach Europa gebracht wurde. Das Gold wird von London aus weiter verteilt werden. Ein kleiner Teil bleibt in London, während ein größerer Teil für Bombay, Amsterdarn und Paris bestimmt ist. Von diesen Orten werden dann weitere Verteilungen an Ruß- land, Deutschland, sowie andere europäische Länder erfolgen.

Amerikas Europa-Politik im amerikanischen Auswärtigen Ausschuß.

New York, 19. Jan. Der Auswärtige Aus- schuß wird am Mittwoch über eine von Johnson eingebrachte Resolution beraten, die über die von Kellogg, Logan und Gerrick auf der Pariser Finanz- Konferenz getroffenen Abmachungen Auf- klärung verlangt. Die Resolution stellt die Frage, ob die Vereinigten Staaten, falls Deutschland die Abmachungen nicht an- erkenne, dazu verpflichtet seien, mit den europäischen Mächten gemeinsam gegen Deutschland vorzugehen und weiter, ob die amerikanischen Vertreter auf der Konferenz der Annahme zunächst nur unter entsprechendem Vorbehalt, später aber nach Ablehnung dieser Vorbehalte, trotzdem zugestimmt hät- ten. Borch hat daraufhin seinen Plan, eine ähnlich lautende Resolution einzubrin- gen, fallen lassen. In Kongreßkreisen er- wartet man, daß durch Johnsons Resolution die gesamte Europa-Politik der Vereinigten Staaten aufgerollt werden dürfte. Vielfach wird angenommen, daß die Debatte für Kel- log unangenehm werden könne.

Die amerikanische Schuldenkommission bleibt bestehen.

Paris, 19. Jan. Savas berichtet aus Washington: Das Repräsentantenhaus hat den schon dem Senat angenommenen Ge- setzentwurf genehmigt, demzufolge die ame- rikanische Schuldenkommission noch während weiterer zwei Jahre bestehen bleiben soll.

Der Hilfsbund der Eläß-Lothringer im Reich.

schreibt uns:

Unsere Forderungen! Geschäftsführender Vorstand des Hilfsbun- des f. d. Eläß-Lothringer im Reich und die vom Vertretertag in Würzburg eingesezte Entschädigungs-Kommission haben in einer in Berlin am 11. und 12. Januar 1925 statt- gefundenen Sitzung zu den Fragen der Ent- schädigung folgende Stellung genommen und nach erfolgten Beratungen folgende Forde- rungen aufgestellt, die dem Herrn Reichs- präsidenten, der Reichsregierung und dem Reichstag übermittelt worden sind:

1. Die Entschädigung für die verdrängten Grenz- und Auslandsdeutschen wie für die Rhein- und Ruhrflüchtlinge und Wiederherstel- lung der sonstigen im Verdrängungsgebiet jetz- bom 23. Juni 1921 in besche dem Umfang ge- währten und durch die Notverordnung vom 28. Oktober 1923 außer Kraft gesetzten Entschädi- gungen. Den verdrängten Grenz- und Aus- landsdeutschen wird für Hausrat nur eine Höchst- entschädigung von 1250 RM. für Berufsgegen- stände eine solche von 1500 RM. und bei jeder-

seitigem Zusammenstoßen dieser Schadensarten eine Höchstentschädigung von 2000 RM. gewährt. Dagegen wird den Rhein- und Ruhrflüchtlingen ohne Rücksicht darauf, wieviel sie von ihrem Hab und Gut gerettet haben, bis 5000 RM. eine volle Entschädigung und darüber hinaus vorläufig 75 Prozent und zwar in bar gewährt, ohne irgend eine Höchstgrenze festzusetzen. Aus polit. schein, soz. allen und moralischen Gründen ist diese unter- schiedliche Behandlung untragbar. Sie muß nicht nur zu einer maßlosen Erbitterung führen, son- dern auch jedes Rechts- und Staatsgefühl unter- graben.

2. Erst recht müssen diejenigen verdrängten Grenz- und Auslandsdeutschen voll entschädigt werden, deren Vermögen liquidiert worden ist und deren Liquidationserlös dem Reiche zugun- stigen wurde. Die bisherige Entschädigung von 2 bezw. 5 RM. für je 1000 RM. verlorenen Erbschafts- und Eigentumsbedarf keiner weiteren Ausführungen.

3. Da das Reich erklärt, zur vollen Entschädi- gung 3. St. nicht in der Lage zu sein, ist den verdrängten und liquidierten Grenz- und Aus- landsdeutschen ein schriftliches Anerkenntnis über die Höhe des vom Reich zu ersetzenden Schadens auszusprechen. Der Zeitpunkt und die Art und Weise der Entschädigung zu bleiben vorbehalten. Es wird außerdem die sofortige Vereinstellung von Mitteln in einer solchen Höhe verlangt, daß damit der größten Not gesteuert und die Wieder- erichtung der zusammengebrochenen Existenzen ermöglicht werden kann.

Es wird erwartet, daß Reichsregierung und Reichstag endlich die unenträglich Entschädi- gungs-Gesetzgebung für die vertriebenen Grenz- lands- und Auslandsdeutschen auf eine Grund- lage stellen, die mit dem Ansehen des Reiches und dem Gedanken einer gleichen Behandlung aller Deutschen vereinbar ist.

Weiter können wir mitteilen: Dem flüchtigen Drängen der Geschädig- ten, zu deren energischsten Wortführer sich der Hilfsbund für die Eläß-Lothringer der Regierung gegenüber machte, hat bei dieser nach einer gewissen Mischung Entgegenkom- men gefunden. Seit kurzem finden Verhand- lungen zwischen Reichsfinanzministerium, dem Reichsentwärtigungsamt und den In- teressenverbänden statt, die zum Ziele haben, eine Lösung zu finden, nach der ein be- stimmter Betrag unter die Geschädigten als eine Erweiterung ihrer Entschädigungen verteilt werden könne. Diese Erweiterung der Entschädigung ist als eine Zwischen- aktion gedacht, welche die zu ergreifenden Maßnahmen zur endgültigen Regelung der Entschädigung nicht beeinträchtigt. Verhilfen aus dem Härtefonds, Darlehen und Unter- stützungen an Greise und Erwerbsunfähige gehen darüber hinaus weiter.

Ämtliche Nachrichten.

Ernennungen und Versetzungen. Der An- staltsarzt Dr. Ludwig Schneider bei der Zell- und Pflegenanstalt Emmendingen wurde zum Anstaltsoberarzt ernannt. Regierungsrat Karl Schler beim Bezirksamt Konstanz wurde an das Bezirksamt Sigmaringen versetzt. Einl. Turban bei der Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte in Karlsruhe an das Bezirks- amt Konstanz, Anstaltsarzt Dr. Paul Walter in Emmendingen in gleicher Eigenschaft zur Zell- und Pflegenanstalt Wiesloch versetzt.

Das Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 2 ent- hält Verordnungen des Staats- ministeriums über Vereinfachung der Geschäftsformulare; vom Vollzug des Reichs- stellungsgesetzes vom 11. August 1919, des bad. Ausführungsgesetzes vom 10. März 1921 und des Gesetzes vom 12. Mai 1921 über die Veränderung des Eintragungsgesetzes; des Ministers des Innern über die Deutsche Arzneitaxe; Abgabe stanz wählender Arzneimittel; Geschäftsbetrieb in den Apotheken; die Beibringung von Forde- rungen der Reichsversicherung und der Annungen; Befämpfung der Mattenplage; des Finanzministers über Jagdsteuer, des Justiz- ministers über Veränderung der Justizstellen- ordnung und die Vollstreckung gerichtlicher Freiheitsstrafen.

Chronik.

Baden. Mannheim, 19. Januar. (Auf der Flucht erschossen.) Am 13. Dezember ist der 31 Jahre alte Kochmacher und Chauffeur Josef Bengardner aus Bischofs- heim, der wegen schweren Raubs noch mehrere Jahre Zuchthaus zu verbüßen hat, aus der Strafanstalt Bruchsal entwichen und hat sich jeder hier und in Ludwigsbafen aufge- halten und wahrscheinlich von Diebstählen gelebt. Der Kriminalpolizei gelang es nun, das Versteck aufzufindern. Am Samstag abend wurde er mit seinem Bruder in Begleitung eines Frauenzimmers in der Mittelstraße an- getroffen. Er war mit einer Pistole bewaffnet und bediente sich eines falschen Namens. Er hatte aus Ausweispapieren seines Freundes Hoff- mann in Besitz, während dieser selbst sich als den Weingartner ausgab. Als die vier Ver- personen nach der Polizeiwache gebracht werden sol- len, zögerte sich der vermeintliche Hoffmann vor dem Eingang zur Wache los und sprang davon. Daraufhin wurden von den Polizeibeamten mehrere Schüsse abgegeben. Der ver- meintliche Hoffmann wurde getroffen und schwer verletzt. Er wurde nach dem Kran- kenhaus verbracht, wo er kurze Zeit darauf in- folge Verblutung starb.

Frankfurt a. M., 19. Januar. (Kongert.) Am Sonntag abend gab der Musikverein Frankfurt im Festballsaal zur „Kranz-“ unter Leitung des noch jugendlichen stud. mus. Friedr. Barth von Bruchsal sein erstes Konzert. Die zum Vortrag gelangten Stücke zeugten von viel Arbeit und Fleiß jedes einzel- nen und wurden in jeder Hinsicht prächtig zu- gehör gebracht, was die Erscheinungen mit reichem Beifall belohnten. Wenn die Belegung noch besser wird und die Kapelle unter Leitung von Herrn Barth so weiter arbeitet wie bisher, dann darf sie sich ruhig mit jeder anderen Kapelle messen. Der Violinkünstler Robert Barth von Karlsruhe ertrug die Zuhörer durch sein korrektes Spiel, das auf hoher künstlerischer Stufe stand. Die Klavierbegleitung hatte Herr Barth von Bruchsal übernommen, er zeigte auch hier daß er in diesem Fach Meister ist. Ein- stimmiger Beifall dankte den beiden Künstlern, die sich zu Weingarten verziehen mußten.

Wolfsch., 19. Januar. (Kundestellung.) Ueber die Gemeinden Oberwolfach, Wolfach, Schapbach, Rippoldsbau, Kitzingen, Lehengericht, Kallbrunn, Edensfeld, Bergzell, Hauzsch, Kirchbach, Gutach, Elmloch, Oberharmsbach wurde wegen Verdrängung der Tollwut die Hundsteuer verhängt. Singen a. S., 19. Januar. (Brand.) Am 17. Januar, morgens 5 Uhr, brach Feuer im oberen Stockwerk des Hauses des Wäldschändlers Karl Huber in der Gießhah- nstraße aus. Große Lager Seegrass und Roghhaar verbrannten. Der Schaden ist bedeutend, weil durch die gemaltigen Wassermaßen das ganze Haus beschädigt wurde. Singen steht in punkto Feuerwehramten noch in den Kinderjahren, was sich auch bei diesem Brande wieder zeigte. Es fehlte der Druck der Wasserleitung, es fehlte immer noch die Motorpumpe, es fehlte der per- manente Tag- und Nachtdienst der Feuerwehr, ebenso Feuerwehler. Unheilbar sind auch die Zustände, daß auf den Dachböden in Singen Holz und Kohlen aufgeschichtet werden dürfen und, was der vorliegende Fall zeigte, ganze Waggon- ladungen Seegrass und Roghhaar.

Am anderen deutschen Staaten. Ludwigsbafen, 19. Januar. (Zum Brand in Oppau.) Gestern abend ist der Bau O 33 in dem Werk Oppau der Badischen Anilin- und Sodafabrik, in dem die Naphthyl-Nitroal-Deftillation sich befindet, abgebrannt. Der betreffende Bau ist ein praktischer Holzbau. Die Apparatur hat natü- rlich Schaden gelitten. Der Schaden ist be- trächtlich, weil die ganze Apparatur außer Funktion gesetzt ist. Die Brandursache ist noch unbekannt. Verleht wurde niemand.

Grailsheim, 19. Januar. (Ein folgenschwerer Unglücksfall.) ereignete sich dieser Tage auf der Bahnlinie Grailsheim-Kirchberg. Vor dem Passieren des Abenhanges lief das 2 1/2 Jahre alte Kind des

Uraufführung in Stuttgart.

Hugo Wolfgang Philipp: „Die Bachantinnen.“ Hugo Wolfgang Philipp, junger Weiffale, der 1923 als erster Träger des Hamburger Debbel- preises wurde, ist vor allem durch seine groteske Tragödie „Der Clown Gottes“ bekannt ge- worden, die von einer stattlichen Zahl deutscher Büh- nen gespielt ward, dem Autor manchemal zu Liebe, oftmals auch zu Leide. Denn dieser Dramatiker auf der Basis einer jenseitig ge- lungen Einstellung, verlangt außerordentlich viel von der Bühne, von der Regie, von den ein- zelnen Darstellern.

Hugo Wolfgang Philipp's neuestes drama- tisches Werk „Die Bachantinnen“ ist be- scheiden nach dem dynamischen Wert des Cur- pides genannt. Doch hat es mit den „Bachan- ten“ kaum noch die Personen, gewiß aber nicht mehr die Fabel gemein. Aber das Reizbedingte und Ueberzeitliche am Werk Curpides findet die Parallele in der Dichtung Philipp's, der aus den Kampfsituationen unserer Tage sein Werk der Vermittlung, des Ausgleichs geschrieben hat: Pentheus, der König von Theben, kehrt nach einem Jahr aus dem Feldzug gegen die Myriar- heim. Da findet er sein Volk vollkommen ver- ändert vor. Dionysos, der Gott, war dem Volk erscheinend und hatte Freiheit gebracht und Ver- derblichte. Die Frauen geben die Gesetze. Die ge- schliche Gemadung erheben Pantherfell und Fährstabs. Auch Pentheus, den König, den Verfechter des monarchischen Prinzips, den Ver- treter der Tradition (der nun als Vertreter der Reakt. on erscheinen muß), den Hüter aller ehr- würdiger Tugend und Tugend, will Dionysos nun auch für seine Idee vom Staat gewinnen. Drei- mal in der Nacht ruft er ihn an, drei mal sucht er Pentheus zu bestimmen, sich zu wandeln, de- neue Zeit der Menschentum, der Menschheits- beglückung des Mensch und Raums zu er- kennen. Aber Pentheus kann sich nicht ändern.

Er will nicht erhöht werden „vom Könige zum Menschen“. „Nichts soll sich wandeln!“ Er „will die Zeit mit Pfählen an die Erde anker“. „Mag Dionysos vor ihm bittend in den Staub sinken, er ruft ihm zu: „Wo Könige atmen, will ich Weihrauch spüren. Und wo sie hocken, sollen sich Stemen senken. Und wo sie hnecken, soll ihr Wort bestehen.“ Der Slave muß im Staub vor ihm knien! Aber diesem Symbol des Alten, des Leberumbenken wird als Gegenbild die modernnatürliche Liebe der Mutter zum eigenen Sohn gegenübergestellt, der Gipfel der Juch- losigkeit der neuen Zeit! Und Agave Pentheus Mutter ist es, die im Tigerfell umherstreift, Witterung der Brunn nach dem Sohn nimm, nach dem Vergle, dessen Lagerin sie sein will. Eine Höchstleistung rührt über Gestaltung in des Bachanale des dritten Aktes, das mit wilder Verfolgung Pentheus durch Agave und ihre Frauen endet. Nun muß Dionysos erkennen: „Dies halt ich nicht und hab es doch empfand.“ Und es endet das Stück mit der Zerfleischung Pentheus durch die eigene Mutter, die vergebens gemannt durch die liebende Elisee, schließlich in mit Grausen die unmenliche Tat erkennt und in Wahnsinn verfällt. Pentheus ist un- gekommen, aber Dionysos wird besiegter Sieger.

Oberregisseur Dr. Wolfgang Hoffmann- Gernisch hat das Werk in seiner Inszenierung ungeheuer gesteigert; mit aller Klarheit, aller Beherrschung, allem Sinnenreichtum hat er sich daran verschwendet. Es war ein stetig s. Gipfelstreich! Reicherlich das Bacchanale auch auf der Ebene! Fieberhafte Bilder, herausstehend und murrend — und doch lediglich aus der Bewegung der Körper geboren, mit der Gewalt christlichen Sprachausdrucks geschaffen. Von den Darstellern ragte zunächst Sopold Biberit hervor. Sein Pentheus kann kaum übertraffen werden. Stark auch Emma Kemel als Agave, sehr fein de- ferierend sich ne zu früh ausgebend. Eine wert- volle Leistung dann auch Maximal an Befehtens- liss Dionysos; nicht zu vergessen Kurt Junker als Megalos. Der Beifall beim Publikum war

überwiegend und begeistert, so daß der Autor gar viele Male erheben konnte.

Münchener Opern-Uraufführung.

Zur Nationaltheater wurde Island- Saga, eine Musiktragödie von Gg. Keller- thum, Dichtung von Berta Thiersch, mit freundlichem Beifall uraufgeführt. Im Mittel- punkte der Handlung steht Thorvald, die den Mann, der ihre Liebe verweigert, mit glühendem Haß verfolgt und ihm nach dem Leben trachtet. Glim, den sie unter dem Vorwand der Hintrache auf den Verhafteten setzt, ver- steht lange, weil er den Freund liebt. Daß es ihr schließlich doch gelang, ihn den Dolch in die Hand zu drücken, konnte fast überraschen. Glim, verzweifelt über seine Tat, stürzt sich ins Meer. Das Verhängnis ist in seiner Knappheit dramatisch gut gefordert, aber sehr nahe treten uns die Figuren nicht. Solch demoralische Frauen aus der nordischen Sage sehen unserem Können aber doch fern, als romanischer Sinn aus der Gemeinlichheit des Blutes annehmen möchte. Der Komponist hat sich als Gegner des symphonisch ausmalenden Wagnerstheaters auch theoretisch bekannt, praktisch gelangt es ihm durch den Verzicht auf die typische Klangmalerei doch nicht, dem Worte größere Deutlichkeit zu geben. Die Musik, in der nordische Motive unter Vermeidung vollständigen Einschlagens ver- woben sind, entbehrt nicht einzelner Schönheiten, wohl aber dramatischer Durchschlagkraft; der handlungsforme dritte Akt bringt auch musikalisch keine stärkeren Eindrücke mehr. Kapell- meister Heger und Orchesterleiter Witt, die mit dem Komponisten gerufen wurden, hatten es an Sorgfalt und Gehörmaß nicht fehlen lassen. Die dirigire Thorvald und die lichte Silis wurden durch die Damen Ohms und Herz in Stimme und Erscheinung trefflich verlorbert. Wolf sang den Glim sehr gut, auch Stroben- sen den Hegt. Der letztere sang hinsichtlich noch

individuellere Gestaltung ohne an der Vorlage eine Silbe zu finden. Die alte Wunde Hel- richtmüllers und die männliche Kasparba- Gleissens umwoh der Zauber des Geheim- nisvollen. A. Oberlaender.

Auftritt der Stuttgarter Schillerfestung. In einem öffentlichen Vortrag heiligt die Stuttgarter Schillerfestung, daß sie ihr ganzes, mündelndes angelegtes Vermögen verloren habe und sie durch ihrer gemeinnützigen Aufgabe, in Not ge- ratenen schwachhändigen Dichtern und ihren Hinterbliebenen durch Ehren- gaben den Kampf ums Dasein zu erleichtern, sollen mehr gerecht werden könne. Die Schiller- festung wendet sich daher an alle, die sich den einheitlichen Dichtern, besonders wie unten, zu dank verpflichtet fühlen, mit der herzlichsten Bitte, sie in ihren Bestrebungen nach Kräften zu unter- stützen.

Deutsches Theater in New York. In New York hat sich zum ersten Male seit dem Kriege jetzt wieder ein ständiges deutsches Theater aufgetan. Unter Leitung von Dr. Scheff und der Regie von Ulrich Haupt hat die Gruppe sich jetzt drei Vorstellungen veranstaltet: Hauptmanns „Ver- sunkenes Glocke“ Schillers „Anatol“ und jetzt vor kurzem „Mit Geldberg“. Die Reihe der Aufführungen wird fortgesetzt.

Die Aufführung einer unbekannteren Sprache. Der bekannte russische Forschungsreisende Prof. R. B. K. ist nach einer fast zweijährigen Reise in der Mongolei nach Petersburg zurückgekehrt und bringt 50 große Kisten mit, angefüllt mit Gegenständen, die er in der Wüste Gobi gefun- den. Er hat Ausgrabungen in der verfallenen Stadt Akato Aboto unternommen, der alten Hauptstadt des Reiches Tangut, und hier eine Bibliothek von 200 Bänden in sieben Sprachen entdeckt. Darunter befindet sich ein Wörterbuch einer noch ganz unbekannteren Sprache, deren Bedeutung die Wissenschaft vor eine schwere Aufgabe stellt.

Bahnwärters Adolf Schurr bei Virelbach unter der geöffneten Schwanz hindurch auf das Gleis. Die Mutter wollte das Kind zurückhalten, wurde aber selbst von der Maschine erfasst und hinfällig gerammt, während dem Kind die linke Hand abgefahren wurde. Die Mutter war sofort tot. Das Kind wurde ins Bezirkskrankenhaus gebracht, wo ihm die linke Hand abgenommen werden mußte.

**Münchweiler, 19. Januar.**  
(Sanktionen über Münchweiler.) Wie wir berichteten, hat in Münchweiler der Separatistenführer Heinrich am Donnerstag nachmittag bei einem Wortwechsel den Schiedsrichter erschossen und durch einen weiteren Schuß den Schiedsrichter tödlich verletzt. Gegenüber für die Stellungnahme der französischen Besatzungsbehörde ist die Tatsache, daß der Ort Münchweiler Samstag nachmittag eine Strafbekanntung von 30 Mann erhalten hat. Angesichts dieser Sanktionsmaßnahmen hat sich die Empörung über die Liebergriffe des ehemaligen Separatistenführers noch vergrößert.

**Serau, 19. Januar.**  
(Beisetzung von Opfern des Perrier Eisenbahnunglücks.) Unter harter Beteiligung der Bevölkerung des Industriegebiets fand am Samstag nachmittag die Beisetzung von fünf Opfern des Eisenbahnunglücks auf dem Kommunalfriedhof in Serre statt. Einundzwanzig Abordnungen mit umflorten Köchen und etwa 1200 Menschen hatten sich auf dem Friedhof eingefunden. Die kirchliche Einsegnung erfolgte auf katholischer Seite durch den Domprobst Frühling (Bogum), auf evangelischer Seite durch den Konfirmandenleiter Gaenter (Münster). Am Grab sprach für die Eisenbahndirektion deren Präsident Dortmüller, der nicht nur das Beileid der Eisenbahn ausdrückte, sondern auch die Verpflichtung übernahm, für die Hinterbliebenen das Unglück in möglichst hohem Maße zu wettmachen. Es wurde auch alles getan, um die Betriebsicherheit zu gewährleisten, daß sich derartige Unfälle nicht mehr wiederholen könnten. Der preussische Wohlfahrtsminister Hirtzinger überbrachte das Beileid der preussischen Staatsregierung. Für das rote Kreuz sprach dessen Beauftragter für das rheinisch-westfälische Industriegebiet, Weitzel (Düsseldorf), und für die Stadt Serre Bürgermeister Dr. Sudkamp. Vorträge einer Musikkapelle und der bereinigten Männerchöre leisteten die Feier ein und beschloßen sie.

**Besten, 19. Januar.**  
(Wo der schwarze Kran erschossen.) Nach einer Meldung der „Z.“ wurde in Groß-Dalzig bei Leipzig der blühende Gutbesitzer Kranz erschossen in seinem Bett aufgefunden. Die 43jährige Ehefrau Kranz, die seit 10 Jahren heillos krank ist, wurde unter der dringenden Verdacht, den tödlichen Schuß abgegeben zu haben, in Haft genommen. Die Putzfrauen der Zeit werden verdächtigt aufgebracht. Man spricht von geistiger Unordnung, aber auch von Eifersucht. Das Ehepaar hatte im vergangenen Jahr über 100000 Reichsmark geerbt.

**Gros-Gerau, 19. Januar.**  
(Fingierter Leberfall.) Der 17jährige Kaufmann Edmund Mühlfeld von Gros-Gerau, bei den Leberlandwerten mit der Raffinerie befreundet, wurde ebenfalls anstehend beobachtet und mit blutenden Wunden im Gesicht aufgefunden. Er gab an, von Unbekannten im Büro überfallen und niedergeschlagen worden zu sein, worauf die Räuber einen großen Geldbetrag geraubt und die Bücher usw. zerstört und teilweise zerstört hätten. Am Tatort hatte man eine Blutlache und die hauptsächlichsten Gegenstände teilweise zerstört aufgefunden. Verschiedene Verdachtsmomente ließen aber darauf schließen, daß der Leberfall fingiert sei. In die Enge getrieben, gestand Mühlfeld, den Leberfall fingiert zu haben, um größere Unterschlagungen der ihm anvertrauten Kasse zu verdecken. Er bezifferte diese während des letzten halben Jahres etwa 200000 Reichsmark an etwa 2000 Reichsmark. Weitere 2500 Reichsmark hatte er aus dem vorhandenen Geld noch beiseite gebracht. Dieses

Geld hatte er in der Nähe des Friedhofs vergraben, es würde auch von dort wieder zur Stelle gebracht. Mühlfeld wurde jetzt in Untersuchungshaft genommen.

**Magdeburg, 19. Januar.**  
(Der letzte Frontsoldatentag in Magdeburg.) Hier fand am Samstag und Sonntag der letzte Frontsoldatentag statt. In den Kirchen Magdeburgs fand ein Stahlhelmgottesdienst statt. Auch gestern brachten zahlreiche Gestränge immer neue Teilnehmer herbei. In allen Straßen der Stadt hatten sich große Menschenmassen gesammelt, die die vorbeimarschierenden Organisationen begrüßten. Die meisten Häuser trugen schwarz-weiß-rote Flaggen und in den Fenstern vieler Geschäfte sah man die lorbeerbesäumten Büsten Bismarcks und Hindenburgs. Ueber die Straßen waren Girlanden gespannt, von denen der Ruf des Stahlhelms: „Front Heil“ grüßte. „Front Heil“ steht auch über einer großen Anzahl von Lokalen. Das große Festprogramm hat sich bisher ohne Zwischenfälle abgemittelt. Am Abend fanden in den größten Sälen Reichsgründungsfeiern statt.

**Münsterberg, 19. Januar.**  
(Die Morbaffäre Denke.) Um die zu dem Nachlass des Massenmörders Denke in Münsterberg gehörigen Gebrauchsgüter nicht als „Martrials“ in die Hände von Schandbesitzern — die schon eifrig danach fragen — gelangen zu lassen, ist die Vernichtung aniligerseits verfügt worden. Man hat die Sachen auf offenem Felde verbrannt. Die Leiche, in denen der Kanibale das Menschenfleisch leckte, sind des Nachts an geeigneter Stelle vergraben worden, um zu verhindern, daß diese eierlegenden Gegenstände noch weiter erhalten bleiben. — (Die Redaktion der „Ved. Presse“ berichtet uns, daß sie die Nachricht, Denke sei katholisch gewesen und habe als solcher bei Prozessionen das Kreuz getragen, nicht gebracht hat. Die Red.)

**\* Badischer Hilfsverein München.**

**München, 16. Jan.** Unter zahlreicher Beteiligung hielt der Badische Hilfsverein München, der in seinem Programm vor allem auch das Gebiet der Wohlfahrtspflege enthält, dieser Tage im Rathenhaus in München sein Weihnachtsfest ab. Der 1. Vorsitzende, Photograph Berner, begrüßte die Gäste in einer herzlichen Ansprache, in der er allen Mitgliedern und Freunden des Vereins den warmen Dank zum Ausdruck brachte für die vielen Opfergaben, die christliche Nächstenliebe und Opferfreudigkeit dem Verein unter den Christen daheim geleistet hätten. Ehrenpräsident Freiherr von Red beleuchtete in einer kurzen Ansprache das Wirken und die Ziele des Vereins und feierte die Mitglieder und Freunde zu weiterer Hilfsbereitschaft auf. Hierauf überreichte Ehrenvorsitzender, Fabrikant Wittmann, an eine Reihe von Mitgliedern die dem Verein bereits 25 Jahre angehören, Auszeichnungen. Man sah es den Augen der Anwesenden an, wie sie mit innerer Anteilnahme an dem Glück der trauten Kinder sich erfreuten, die im hellen Lichterglanz des Weihnachtsbaumes mit Tübel von dem Gedenke der Christen entgegennahmen und begeistert das alte Weihnachtslied anstimmten. Zur Verschönerung des Abends trugen die Liedertreuer und Klavierbegleiter hervorragender Münchner Künstler wesentlich bei. Auf jeden Fall konnte der Festabend des Vereins durch den außerordentlich guten Verlauf ein festliches Reinertragsbuch.

**Aus dem Ausland.**

**Rom, 19. Januar.**  
(Schwerer Unfall.) In einem Orte bei Rom überfuhr vorgestern früh ein Lastwagen, der bei Schluß der Unterrichtsstunde an einer Schiene vorbeifuhr, zwei Schulkinder. Er kam ins Schleudern und stürzte in einen Graben, wobei er drei andere Kinder mit sich hinabstieß. Zwei Kinder starben augenblicklich, ein anderes kurz darauf. Eins dürfte kaum mit dem Leben davonkommen, während das fünfte vielleicht geteilt wird.

**Sonaba, 19. Januar.**  
(Seppiraten.) Der britische Dampfer „Sonaba“ wurde, wie die „Central News“ aus Hongkong melden, auf der Fahrt von Singapur von Piraten ausgeraubt. Die Piraten hielten das Schiff drei Tage besetzt und übermühten sie, jedoch ohne Blutvergießen. Die Piraten hielten das Schiff drei Tage besetzt und übermühten sie, jedoch ohne Blutvergießen. Die Piraten hielten das Schiff drei Tage besetzt und übermühten sie, jedoch ohne Blutvergießen. Die Piraten hielten das Schiff drei Tage besetzt und übermühten sie, jedoch ohne Blutvergießen.

**Warschau, 19. Januar.**  
(Walujasch muggel.) Die Geheimpolizei ist durch einen besonderen Zufall einem großen Walujasch muggel bei der Warschauer Allgemeinen Hypothekbank auf die Spur gekommen. Durch rasches Vorgehen konnten vier nach Riga bestimmte Pakete mit rund 25000 Dollar beschlagnahmt werden. Die bisherige Untersuchung hat ergeben, daß wiederholt schon größere Summen in Dollarnoten auf dem gleichen Wege über die Grenze geschmuggelt worden sind.

**Wesitz, 19. Januar.**  
(Vergl. Empfang.) Die Offizierskapitän des Kreuzers „Berlin“ sind hier in Begleitung des Majors Kunz eingetroffen, der in Warschau namens des Präsidiums Galles willkommen geheißen hat. Eine Abordnung der Zivil- und Militärbehörden begrüßte die Deutschen auf dem Bahnhof. Unter dem Beifall einer riesigen Menschenmenge marschieren die Deutschen mit wehenden Fahnen durch die Stadt.

(Sieben megianische Banditen erschossen.) In Verbindung mit dem Mord an dem Deutschen Hinzpeter wurden sieben Banditen von der polnischen Kavallerie gefangen genommen und summarisch erschossen.

**Hochschulen.**

**Der Heidelberger Privatdozent Dr. Franz Rolf Schröder wurde vom 1. April 1925 an zum ordentlichen Professor für deutsche Philologie an der Universität Würzburg als Nachfolger von Prof. Dietrich Krauß von Weizsäcker ernannt.** — Der Leiter des städtischen Hochbauamts Freiburg, Oberbauamt Dr. Gruber hat einen Ruf als Professor an die Technische Hochschule in Danzig erhalten. Dr. Gruber soll hauptsächlich in diesem Ruf die Leitung der dortigen Bauverwaltung übernehmen. Die dortige Bauverwaltung wurde Prof. Dr. Diepgen von der Freiburger Universität zuteil. Die Königl. Ungarische Gesellschaft der Medizin in Budapest ernannte zu Mitglied auf seine Arbeiten auf dem Gebiete der Medizin zum korrespondierenden Mitglied.

**Berichtsaal.**

**Der Kirchenraub von Weizsäcker.**  
Weizsäcker, 16. Jan. Das Schöffengericht Kompanz trat am Dienstag vormittag halb 9 Uhr unter dem Vorsitz von Landgerichtsdirektor Rederer hier zusammen, um über den schändlichen Kirchenraub, der sich in der Nacht vom 4. auf 5. September v. J. hier ereignet hat, zu verhandeln. Zur Verhandlung waren 17 Zeugen erschienen. Auf der Anklagebank saßen zwei Gemahlsverbrecher, die beide wiederholt mit dem Gefängnis und dem Zuchthaus Bekanntschaft gemacht hatten: Der 38 Jahre alte herbeiratsche, umherziehende Tagelöhner Karl Schmitt aus Reithem und der 39 jährige Metallschläger Konrad Markhold aus Kammang, unter der Beschuldigung, daß sie nachlässiger Weise vom 21.—23. August 1924 in der Stadtpfarrkirche zu Weizsäcker die Fenster der Sakristei eingeschlagen haben. Ferner sind sie beschuldigt, in der Nacht vom 4. auf 5. Sept. 1924 in der Stadtpfarrkirche mit einer Leiter, die sie bei einem Bahnhofsrestaurant gestohlen hatten, eingeschlagen zu sein, wo sie an einem Seitenaltar zwei mehrgewichtige Beschläge abgehauen und entwendeten. Am Hochaltar war der La-

ternafel aufgebracht, der Speisefeld herausgenommen und die hl. Hostie auf Altar und Fußboden zerstreut; den Reich Lehen die Täter jedoch stehen. Dagegen brachen sie mit einem Steinmesser die Türe, vom Chor in die Sakristei auf, hoben in der Rücklicht Türsturz bergischen Gruf die Steinplatten auf und öffneten gewaltsam die Tür. Was den Verbrechen dabei in die Hände fiel, konnte nicht festgestellt werden, da bei der Festnahme der Täter, die ein ge Tage nachher in der Nähe von Weizsäcker erfolgte, der Angeklagte Schmitt flüchtig gehen konnte, wobei er wahrscheinlich manches beiseite haben dürfte. Die Angeklagten leugnen jede Schuld hartnäckig, wobei sie die unglücklichsten Dinge vorzubringen. Eine Reihe von Zeugen hat die Täter sowohl bei der ersten Tat, wie bei der zweiten an verschiedenen Orten sich verständig herumtreiben sehen. Sie werden auch wegen eines Diebstahls zweier Fahrräder bei Dögen u. a. dem Verbrechen beigesetzt. — In der Verhandlung, in der sich die Einbrecher ziemlich frech benahmen, brach ihr Vorgesetzter unter der Last der erdrückenden Beweise zusammen, sodas ihre Verurteilung erwarte mußte. Nach langer und eingehender Beratung wurden beide Angeklagte wegen verübten Kirchenraubs zu je zwei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt.

**Bunte Chronik.**

**Eine heroische Telefonistin.** Einen seltenen Fall von Selbsterleugnung des Heroismus berichten Remphorzer Blätter. In der Stadt Weizsäcker, im St. Marien, war ein heftiger Brand ausgebrochen und zwar im Zentrum der Stadt, bei der Telefonzentrale. Obwohl die Flammen bereits das Gebäude ergriffen hatten, blieb die Telefonistin Carrie Johnson tapfer auf ihrem Posten und schickte dringende Appelle an die Feuerwehr der benachbarten Stadt. Als die Hilfe erschien, war die tapfere Telefonistin verbrannt, aber dank ihrer Tapferkeit ein großer Teil der Stadt gerettet.

**Klage der „Lindenwirtin“.** Die Lindenwirtin Renchen Schumacher in Godesberg ist weit über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannt. Nun will der neue Besitzer des berühmten Gasthauses „Zur Lindenwirtin“, der es von Frau Schumacher kaufte, der Godesberger Männergesangsverein Cecil a. e. n. einen Erneuerungsbau ausführen, dem die im Hofe stehenden Linden zum Opfer fallen müßten. Renchen hat jedoch dagegen Einspruch erhoben und beim Gericht beantragt, das Fällen der Lindenbäume zu untersagen, da eine d'artige Handlung ein Verbrechen an der Volkspoesie sei. Die gerichtliche Entscheidung steht noch aus.

**Das Urteil**

wieler Hausfrauen über  
Völker Perl:....  
„möchte ich als Kaffe-  
Zusatz nicht mehr ver-  
missen.“  
Ausgiebig!  
Appetitlich!  
Wohlschmeckend!

**Was wird aus dem deutschen Schulgesang?**

Von Prof. Dr. Paul Marsup-München.  
Die deutsche Schule ging zurück. Noch nicht das Schlimmste war es, daß sie vom Ausland in praktischen, technischen Einzelheiten überholt wurde. Viel verhängnisvollere Folgen hatte es für sie, daß sie in der unseligen mater. d'istischen, den Naturwissenschaften maßlos huldbenenden Epoche das Geistige und die Herzensbildung mehr und mehr vernachlässigte. Nunmehr muß wiederum zwischen Verstandes- und Gemütspflege ein Ausgleich hergestellt werden. Helfen sollen dazu Religionsunterricht, die auf das Ernennungsreiche, Keitische gerichtete Naturbeobachtung, die Kunst, die hülbenen wie die neubenden, unter diesen mit an erster Stelle die Kunst.  
Wobei es das Allerwertvollste wäre, selbige Kunst nach einem errechneten Schema einzuzuteln. Man kann sich einen schäblichen Kunstgefangener vorstellen, man kann sich als Leiter eines großen gemischten oder Männerchores bewahren — und dennoch keine Planung davon haben, worauf es beim Schulgesang ankommt. Das zur Erziehung Heranbildung des Kunstsinnes gefordert werden muß, darf in Vere d' des Schulgesanges keineswegs Norm sein. Ganz absehen davon, daß man die vielfach zarte Konstitution des Kindes, seine Seele, seine moralische Anpassungsfähigkeit mit großer Besorgsamkeit zu behandeln hat, daß es denn doch einen gewaltigen Unterschied ausmacht, ob ich ihn, zwei angebenden Seiten studieren oder vierzig unflüchtige Menschen mich als ich auf meinen Studienfahrten vor dem Kriege in den Schulen Italiens, Spaniens und erst recht des lombardischen Krantfelds, in den Colleges Oxford und Cambridge die Landesprache fast stets fäufelnd mit Vahrenehmung aller ihr eigenen Komischen Sonderbarheiten behandelnd hörte! Wie sträflich vorzuziehen ist es nicht zu reden! Wie sträflich ist es nicht, wie ungeachtet handhabt man in

unseren Parlamenten, Gerichtssälen, Vereinen und Volksversammlungen das Geklingel der Mutterzunge! Wie viele alberne Vorstellungen, die sich der Ausländer vom „Bodge“, vom „Barbarer“ macht, haben ihre Wurzel in der niederträchtigen Verhummelung, Verkümmelung, Verflachung der Deutschen, die bei Angehörigen aller Berufsstände gang und gäbe sind!  
Aus der deutschen Sprache ernst und allein, aus ihrer charaktervollen Schönheit soll der deutsche Schulgesang der Zukunft herzuwachsen, ohne Nüchternheit eines weltlichen Surrogates, ohne Hilfsnahme von ihr Wesen erfüllenden, veredelnden, veredelnden Harmonien. Sie läßt sich, sofern man es richtig anfaßt, so wie sie ist, ungeachtet ihrer Herbigkeit, ihrer Konsonantenfülle reiflos in klingende Musik auflösen. Nur muß man sie Bescheid wissen.

**Napoleon III. und die römische Frage.**

Unter dem 20. Mai 1862, als die römische Frage noch nicht ihren heutigen Charakter angenommen hatte, aber doch schon sich mehr und mehr zu spüren, denn schon waren Gebiete des Kirchenstaates von italienischen Truppen besetzt, trat Kaiser Napoleon an seinen Minister des Auswärtigen, Herrn Thouvenot, einen denkwürdigen Brief. Darin steht er freimütig seine Ansichten über die Möglichkeit einer Verständigung zwischen Papsttum und dem höchstreich Italien auseinander. Am Schluß sagt der Kaiser Napoleon (übersetzt nach dem „Constitutionnel“): „Auf eine gesunde Würdigung der Dinge zurückgeführt, würde der Papst die Notwendigkeit begreifen, alles, was ihn mit Italien verbunden kann, anzunehmen, und Italien würde, indem es den Nachbarn einer vernünftigen Politik nachgibt, die Annahme der Garantien nicht verweigern, welche für die Unabhängigkeit des Papstes und die freie Ausübung seiner Macht notwendig ist. Diesen doppelten Zweck würde man durch eine Kombination erreichen, welche den Papst als Herrn in seinem Lande beherrscht und gleich-

zeitig die Schranken wegräumt, welche heute seine Staaten von dem übrigen Italien trennen. Damit er Herr in seinem Lande bleibe, muß ihm Unabhängigkeit zugesichert und seine Regierungsgewalt aus freier Willen von seinen Untertanen anerkannt werden. Man muß hoffen, daß dem so sein würde, wenn einerseits die ital. en'sche Regierung sich Frankreich gegenüber zur Anerkennung des Kirchenstaates und der vereinbarten Grenzlinie verpflichtet, andererseits die päpstliche Regierung durch Rückkehr zu den alten Heberlieferungen die Ritz legen der Städte und Provinzen derart anerkennen würde, daß dieselben sich sozusagen selber verwalten würden. Denn a'baum würde die Macht des Papstes in einer höheren Sphäre über den untergeordneten Antrieben der Gesellschaft stehenden, dieser stets beschuldigen, einzig einer starken Regierung erträglichen Verantwortlichkeit sich erweibenden. Die vorstehenden allgemeinen Andeutungen sind kein All' und zwar, das ich mit anmake, den beiden entzweiten Parteien auferlegen zu wollen, sondern sie sind die Grundlagen einer Politik, der ich mich verpfl'cht glaube, durch unsere rechtmäßigen Einfluß und unsere uneigennütigen Nachsicht Gellung zu verschaffen. Darauf hin bete ich zu Gott, Sie unter seinen heiligen Schutz zu nehmen.“  
Napoleon.  
Hiernach will der Kaiser hinsichtlich des Kirchenstaates eine Art Concordat neben weitgehender Autonomie der Städte und Provinzen, jedenfalls ein interessantes, heute noch bedeutendes Dokument. Oben müßte es statt Frankreich heute heißen: „dem Völkerverbund“. Auch Thiers, der Minister Napoleons ist für eine konziliante Politik zwischen Papst und König. In seiner großen dreißigjährigen Kammerrede vom 13. April 1863 tritt er offen und entschieden für den Fortbestand der weltlichen Macht des Papstes ein. Er verteidigt sie vom Standpunkt des Rechtes, der Nützlichkeit und der Notwendigkeit, im Interesse nicht nur der Kirche, sondern der ganzen Menschheit. Und Thiers fand Beifall in der apostolischen und Kreidenen zusammengesetzten Versammlung. (Verl. die Berichte im Cathol. Beob. Nr. 91 und 92 vom 20.—21. April 1863.)

### Enthüllungen um Poincaré.

**Poincaré der Kriegsschuldige.**  
Der ehemalige französische Botschafter in Petersburg, George Louis, veröffentlicht in der Zeitschrift „L'Europe“ seine Memoiren. Interessant und aufschlussreich sind 2 Unterredungen, die Louis im Jahre 1915 mit Paul Deschanel, dem früheren Präsidenten der französischen Republik, hatte. Die Kriegsschuldfrage erhält dadurch eine neue Wendung. Im Verlaufe des ersten Gesprächs äußerte sich Paul Deschanel gegenüber Louis dahin, Poincaré habe den Weltkrieg entfesselt, weil die Anhänger der 3-jährigen Dienstzeit glaubten, man müsse ein Interesse daran haben, den Krieg zu führen, bevor die Gegner Zeit gehabt hätten, ihre Militärgesetze umzuändern.

Die 2. Unterredung fand ebenfalls 1915 statt. Aus ihr geht hervor, daß sich Louis und Deschanel darüber einig waren, daß Rußland nur deshalb marschierte, weil es Frankreichs sicher war. Deschanel erklärte dann weiter, daß die meisten Männer, die im Juli 1914 Minister waren, offen erklärten, Poincaré habe den Krieg verursacht. Er sei auch in der Absicht nach Rußland gegangen, um dieses zum Krieg zu treiben. Man darf auf die weiteren Veröffentlichungen der Memoiren des ehemaligen Botschafters Louis gespannt sein.

„Zeit Journal“ veröffentlicht nun einen Brief Ernest Judet's und eine Erwiderung Poincaré's. Beide beziehen sich auf die Umstände, unter denen George Louis von seinem Petersburger Gesandtenposten abberufen wurde. Poincaré habe, so behauptet Judet, seinen Rittm' erollegen damals gefügt, Louis vermöge die Russen weder an die deutsche noch an die österreichische Grenze zu schicken. Mit dieser Begründung sei es Poincaré gelungen, die Zustimmung seiner Kollegen zur Absetzung des Botschafters zu erlangen.

Demgegenüber stellt Poincaré fest, daß sämtliche französischen Regierungen, die in Frankreich aufeinander folgten, Rußland stets nahegelegt hätten, sowohl gegen Deutschland wie auch gegen Oesterreich Verteidigungsmaßnahmen zu ergreifen. Seit dem Militärabkommen von 1892 seien diese Verpflichtungen in der Hauptsache zwischen den Generalstäben der beiden Länder geführt worden. Zum Schluß erklärt Poincaré, daß die Abberufung Louis durch das Kabinett Briand auf einen direkten Vorschlag des damaligen Außenministers Jonnart erfolgt sei.

### Ein neuer Berliner Finanzschwindel.

Die Finanzgeschäfte zwischen der Trianon-Film-A.G. und der Wohnstätten G. m. b. H. Berlin, 19. Jan. Ein Berliner Mittagsblatt hat heute über Verhaftungen bei der Trianon-Film-A.G. berichtet. Der „Berliner Lokalanzeiger“ stellt fest, daß diese Meldung unrichtig ist und gibt folgende Tatsachen wieder:

Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft haben bisher ergeben, daß verbotswidrig große Summen sowohl dem Trianon-Film wie auch der Wohnstätten G. m. b. H. geliehen worden waren und zwar aus den eingekommenen Geldern der Wohnungsabgabe. (1) Die verbotene Transaktion soll in der Hauptsache von dem Regierungsrat Wenzel, dem Schwiegerohn des neuen Reichsinnenministers (1) Schiele und dem im Reichsarbeitsministerium tätig gewesenem Geh. Rat Glah in die Wege geleitet worden sein. Wenzel war früher Geschäftsführer der Wohnstätten G. m. b. H., Glah ist Vorsitzender des Aufsichtsrats. Wenzel wurde gestern zur Vernehmung zitiert, mit ihm der jetzige Geschäftsführer der Wohnstätten G. m. b. H., Regierungsrat Bretschneider, sowie die beiden Direktoren der Trianon-Filmgesellschaft, die Brüder Schratter, die auch die Hauptaktionäre dieser Gesellschaft sind. Wenzel und Glah wird vorgeworfen, durch unethische Manipulationen das Reichsarbeitsministerium zur Gewerbe sehr erheblicher Summen an die beiden Gesellschaften bestimmt zu haben. (1) Gleichzeitig wird gegen Wenzel und Glah der Vorwurf erhoben, daß auch sie gewußt hätten, daß namentlich die Deckungen nicht ausreichten, und daß sie weiter die Lage der beiden Gesellschaften als über jeden Zweifel erhaben schilderten, während hingegen sie gewußt hätten, daß mindestens große Kreditnot vorlag. Die Ermittlungen sind noch in vollem Gange. Die fünf zur Vernehmung zitierten Personen wurden nach langen, eingehenden Verhandlungen, die vom Sonntag bis Montag früh 6 Uhr dauerten, wieder entlassen, da weder Verdunkelungsgefahr noch Fluchtverdacht vorliegt.

### Badisches Landestheater.

**Fidelio.** 19. Januar.  
Der neue Karlsruher Generalmusikdirektor Ferdinand Wagner hat am gestrigen Sonntag gewissermaßen sein neues Amt angetreten. Nachdem er am Vormittag bei der Festgründungsfeier in der Festhalle Richard Strauß' „Lob und Verklärung“ in einer starken und unmittelbaren Interpretation dirigiert hatte, die große Hoffnungen auf den Konzertdirigenten weckte, leitete er am Abend Beethoven's „Fidelio“. Viel Loben standen ihm dafür wohl nicht zur Verfügung, jedenfalls aber war ihm die Möglichkeit geboten, Oehler und Golt in seine Auffassung des Werks einzureihen und die wesentlichsten Züge seiner Interpretation der Aufführung einzuprägen. Wagner ist kein Interpretationsbesessener; er versucht nicht, durch ausgefallene Effektlaster, durch eigenwillige Tempri und dergleichen in persönlichen Auffassung zu machen. Wohl aber gestaltet er aus einer tiefen Durchdringung der Tiefen des Werkes, wie aus stannend-Bewunderndem Aufblick zu den einmaligen Höhen dieser grandiosen Harmonie eines letzten musikalischen Erbes mit einem sicheren Blick für die Struktur des Werks. Der Leidenschaftliche Impuls, mit dem Wagner gleichsam sich in diese Musik stürzt, läßt ihn jede Zeile mit innerstem Leben durchglücken.

## Wohnungsbaun und Aufwertung.

Der Zentrumsstadterordnete, Oberlandesgerichtsrat Dr. Weipert, hielt, wie schon kurz berichtet, in der Bürgerauschussung am vergangenen Freitag über dieses Thema eine bedeutende Rede, in der er die Frage der Aufwertung der Anleihen der Stadt Karlsruhe von einer besonderen Seite aus angriff. Wir bringen hiermit die in der Rede niedergelegten Anregungen. D. Schriftl.

Die Förderung des privaten Wohnungsbaues durch Gewährung von Baudarlehen zu billigen Zinsfuß bringt, so führte der Redner aus, für die Stadt zwar bedeutende finanzielle Lasten. So sind im Jahre 1924 über 1 1/2 Millionen Goldmark aufgewendet worden. Im Jahre 1925 rechnet man mit solchen von etwa 3 Millionen Goldmark, ähnliche Beträge werden noch eine Reihe von Jahren aufzubringen sein. Die Sache hat aber auch eine für die Finanzen der Stadt erfreuliche Seite. Denn die Stadt verliert die Gelder nicht, sondern erhält die Baudarlehen nach 5 bis 10 Jahren zurück. Sie wird also nach dieser Zeit, wenn eine Unterfütterung der Bautätigkeit durch öffentliche Mittel nicht mehr erforderlich ist, ihr Vermögen um eine stattliche Anzahl von Millionen Goldmark vermehrt haben. Soll dieser Vermögenszuwachs ohne jede Einschränkung dem Grundstodsvermögen zugeschlagen werden? Ich würde dies aus folgenden Gründen nicht für gerecht halten: Die Stadt leistet die Baudarlehen aus öffentlichen Abgaben, die eigens zum Zwecke der Förderung des Wohnungsbaues von den Steuerpflichtigen erhoben werden. Diese Abgaben sind notwendig, weil die privaten Kapitalgeber, die früher das Bauseien finanziert haben, durch die Inflation ihr Vermögen verloren haben.

Als Nebenwirkung der Inflation ergibt sich somit für die Stadt eine erhebliche Vermögensvermehrung. Andererseits gewinnt die Stadt auch infolge der Inflation, als ihre Schulden, die städtischen Anleihen, entwertet sind und nach der 3. Steuernotverordnung (St.N.V.) bis auf weiteres wieder eine Kapitalzahlung noch eine Zinszahlung stattfindet. Es erscheint mir daher als ein Gebot ausgleicher Gerechtigkeit, daß die Stadt den Gewinn aus der Gebäudesondersteuer und überhaupt aus der Gewährung von Baudarlehen, soweit sie aus öffentlichen Abgaben bestritten würden, einem Fond zur Aufwertung der städtischen Anleihen zuführt. Selbstverständlich denke ich dabei nicht an eine völlige Aufwertung, auf die gewiß nicht zu rechnen

ist, wohl aber auf eine solche in mäßigen Grenzen, namentlich zugunsten der Kleinrentner und der in ähnlichen Verhältnissen lebenden Witwen und Waisen. Die Stadt würde dadurch in ihrer Wirtschaft nicht gestört werden, da ihr die ausgeliehenen Beträge in den nächsten 5 bis 10 Jahren doch nicht zur freien Verfügung stehen. Dagegen wäre den Gläubigern der Stadt schon gedient, wenn ihre Aufwertungsansprüche durch Anfüllung eines Aufwertungsfonds, teilweise sichergestellt würden. Denn die zurzeit wertlosen städtischen Schuldverschreibungen bekämen dadurch sofort wieder einen gewissen Verkehrswert, und könnten manchen verarmten Sparer und Kleinrentner sein Lebensalter erleichtern.

Der Gedanke der Aufwertung, wenigstens in mäßigen Grenzen, ist heute derart Allgemeinut geworden, daß er nicht ganz unterdrückt werden kann. Die 3. Steuernotverordnung verbietet auch die Aufwertung und Zinszahlung keineswegs, sondern gibt nur ein Moratorium, von dem aber der Schuldner nicht Gebrauch machen muß. Die Verordnung steht vielmehr ausdrücklich vor, daß die Landesregierung bei Vorliegen besonderer Verhältnisse, eine andere Regelung trifft. Solche besondere Verhältnisse liegen aber vor, denn man kann nicht behaupten, daß das Vermögen der Stadt erheblich rot gelitten hat, wenn auch zuzugeben ist, daß es nicht leicht ist, Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht zu bringen. Auch würde es der Stadt kaum möglich sein, künftig eine Anleihe aufzunehmen, wenn sie für ihre alten Gläubiger, aus deren Mitteln die städtischen Werke erstell sind, gar nichts übrig hätte. Es erscheint daher notwendig, schon jetzt Vorkehrungen zur Erfüllung der Pflichten der Stadt zu treffen. Zunächst könnte dies durch die Schaffung eines Aufwertungsfonds in der vorgeschlagenen Weise geschehen. Auch wäre daran zu denken, den Zinsendienst, wenn auch mit einem geringeren Zinsfuß, und nur zum Nutzen der Kleinrentner, der Witwen und Waisen, wieder aufzunehmen und dafür Mittel in den Voranschlag einzustellen. Wiewohl hätte die Stadt dadurch keinen größeren Aufwand, da sie die gleichen Beträge auf Grund ihrer Verpflichtung zur öffentlichen Fürsorge leisten muß. Es ist aber ein sittliches Gebot benannten, die ohne Schuld zu Schäden gekommenen, nicht Almosen zu gewähren, sondern ihre Rechtsansprüche wieder herzustellen. Da die Einzelheiten der Frage noch nicht geklärt sind, wäre die Ausarbeitung einer Denkschrift hierüber durch die Stadtverwaltung zu begrüßen.

### Ein Glückwunsch des Papstes an den bayerischen Ministerpräsidenten.

München, 19. Jan. Kardinalstaatssekretär Gasparri hat namens Sr. Heiligkeit des Papstes dem Ministerpräsidenten Dr. Held zum glücklichen Abschluß der Konfessionsangelegenheit, die sicher nicht nur der Kirche, sondern auch dem edlen bayerischen Volke zum Nutzen gereichen werde, wärmstens beglückwünscht.

### Zentrum und Aufwertungsfrage.

Berlin, 19. Jan. Wie die Telegraphen-Union erfährt, hat sich das Zentrum nach einem Vorschlag der Sachverständigen der Partei für die Aufwertungsfrage, Abg. Schetter, am Samstag bereit erklärt, über die dritte Steuernotverordnung hinauszugehen und eine Aufwertung in mäßigen Grenzen zuzulassen.

### Die Entwaffnungsfrage.

London, 19. Jan. Die Botschafterkonferenz beschäftigte sich in der vergangenen Woche mit dem Problem der Militärkontrolle in Deutschland und der Fortsetzung der Kölner Beilegung. Es wurde beschlossen, keine weitere Zwischennote an Deutschland abzuschicken.

was man von Hl. N. H. nicht behaupten kann, die in diesem Entschluß nicht zu halten ist. Der Bezaar des Herrn Wittner ist bekannt. Der Minister sang Herr Heuser sehr annehmbar, aber mit etwas juxter himmlischer Reserve.

Reider hatte die Regie die Gelegenheit nicht wahrgenommen, mit der musikalischen Erneuerung auch eine (sehr langen notwendigen) Neugestaltung der Chorstimmen zum mindesten vorzunehmen. Der Gesangenschor und das Schlußbild bedürfen eines gründlichen Neuaufbaues.

Das sehr zahlreich erlichene Publikum gab sich der faszinierenden Wirkung, die vom Dirigentenpuls ausging, willig und mehr und mehr begeistert hin. Nach der dritten Rezitation überleitete man Wagner eine stürmische Ovation. Zum Schluß wurde er mit den Hauptdarstellern ungezügelt Male gefeiert.

Man geht wohl nicht zu weit, wenn man mit dieser Fidelio-Aufführung den Beginn einer neuen Ära unserer Oper datiert. Daß diese neue Zeit mit Beethoven und mit dem herrlichsten Werk deutscher Opernkunst anhebt, nehmen wir als gutes Vorzeichen. Indem wir aber an den Hoffnungen, die sich an diese neue Zeit, an die Zeit des heißersehnten Aufstiegs knüpfen, Ausdruck geben, müssen wir auch der überaus und weitaussehenden Arttatve dankbar gedanken, die in diese Lösung der Dinge allen Widerständen zum Trotz gefunden und damit eine für die Zukunft unserer Bühne bedeutsam Tat vollbracht hat.

## Karlsruhe

den 20. Januar 1925.

### Wer kann Kaufmann werden?

Vielen Eltern drängt sich jetzt schon die Frage auf, was der Junge werden soll, wenn er die Schule zu Ostern verläßt. Dieser selbst ist sich oftmals über einen künftig zu ergreifenden Beruf noch gar nicht im Klaren. Die Freude am Erlernen dieses oder jenes Berufes läßt sich auch nicht immer in Einklang bringen mit der Gesundheit des Jungen oder mit der Vermögenslage der Eltern. Viele Eltern werden bei der Berufswahl von der Ansicht geleitet, den Jungen deswegen im kaufmännischen Beruf unterzubringen, weil dieser Beruf geringe körperliche Leistung verlange, leicht zu erlernen sei und rasch zu einem guten Einkommen führe. Alle diese Voraussetzungen sind irrig. Der Kaufmann hat besonders eine gute Gesundheit notwendig. Die geistigen Anforderungen, die dieser Beruf verlangt, werden fast immer unterschätzt. Raum ein Beruf zwingt so sehr, jede freie Stunde zur Fortbildung zu benutzen. Ein genügendes Einkommen ist erst mit der Erreichung höchster beruflicher Leistungsfähigkeit möglich. Die schwere Wirtschaftskrise hat eine Unzahl Kaufmannsgehilfen stellenlos gemacht. Gute Anstellungsmöglichkeiten werden auf Jahre hinaus gering sein. Der deutsche Außenhandel liegt noch so schwer darnieder, daß der Zukunftsraum manches Jungen kaum Aussicht auf Erfüllung bietet. Die Eltern sind darum verpflichtet, durch Kenner des kaufmännischen Berufes und die Berufsorganisationen sich genau über die Aussichten zu unterrichten. Auch kann über Lehfirmen bei den betreffenden Stellen Auskunft eingeholt werden.

**Presse-Verein.** Die Vorstandssitzungen, die wegen Erkrankung verschiedener Vorstandsmitglieder einige Wochen ausfallen mußten, werden regelmäßig aufgenommen. Die Sitzungen finden am 1. und 3. Mittwoch eines jeden Monats um 7 Uhr in der „Badenia“ statt. Nächste Sitzung am Mittwoch, den 21. Januar, 7 Uhr in der „Badenia“. Die Vorstandsmitglieder werden gebeten angehts der Wichtigkeit der Sache pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Der Bürgerausschuß tritt heute nachmittags 4 Uhr zur Erledigung der Tagesordnung vom vergangenen Freitag im kleinen Konzertsaal zusammen.

**Alkoholfreie Jugendberziehung.** Der Bad. Landesverband gegen den Alkoholismus Karlsruhe veranstaltet vom 23. bis 25. Februar in Karlsruhe die zweite Tagung für alkoholfreie Jugendberziehung für Geistliche, Lehrer, Schularzte, Sports- und Turnwart und Jugendleiter.

**Erste Badische Luftfahrtausstellung in Karlsruhe.** In der städtischen Ausstellungshalle veranstaltet der Karlsruher Luftfahrtverein vom 31. Januar bis 8. Februar eine Luftfahrtausstellung, die eine Fülle von Interessantem bieten wird. Außer 6 Flugzeugen, von denen drei motorlose Segelflugzeuge sind, wird der Luftschiffbau, der Fessel- und Freiballon in Modellen und Tafeln ausgestellt, ferner verschiedene Leuchtmodelle, Flugzeugteile, wie Pumpen, Metallflügel usw., Bordinstrumente und Kompaße, Propeller, Flugzeugmodelle werden ihre Anziehungskraft ausüben. Auf Wandtafeln wird die Luftverkehrsstatistik gezeigt und eine besondere Abteilung ist dem Luftverkehrs-Erdbelegungsdiagramm gewidmet, wie ihn die Meteorologie aufnehmen wird. Daneben sind Karten über den Luftverkehr und Flugpostmarken, interessante Flugpostkarten und eine literarische Sammlung usw. borgehalten. Als Anregung für die Jugend werden Modelle mit Gummimotor zu sehen sein, sowie Flugzeugbeschäftigungsspiele. Ganz besonderer Wert ist auf eine sehr reichhaltige Luftbild-Ausstellung gelegt, die zahlreiche badische Orte und Württemberg zeigen wird, aber auch eine Menge von hervorragenden Luftaufnahmen aus dem übrigen Deutschland enthält. Einige neue Motorradtypen und Fliegerkleidung werden das Gesamtbild vervollständigen. Um eine weitgehende Propaganda durch die interessante Ausstellung zu ermöglichen, wird der Eintrittspreis sehr niedrig gehalten werden.

**Das Feldartillerie-Denkmal.** Den Karlsruher Feldartilleristen ist es gelungen, am 20. Juni vorigen Jahres am Vinkenheimer Tor im Stadtwald einen Gedenkstein zu Ehren ihrer im Weltkrieg 1914/18 gefallenen Kameraden zu errichten. An diesem beliebten Plage steht man fast dauernd Wiltbürger, welche das Denkmal besichtigen und der teuren Toten gedenken. Dies ist der Zweck eines solchen Ehrenmales. Eltern erzieht eure Kinder, daß auch diese lernen, die Wächter unserer Heimat zu ehren. Daß die Kleinen gerne über Einsiedlungen klettern, und auf Treppentritten sich tummeln, weiß ja jeder. Aber vor Grabstätten, und dies stellt doch dieses Denkmal dar, müssen die Kinder Ehrfurcht haben. Im August wurden 3 Sträuße, die Angehörige niederlegten in Gedenken ihrer Gefallenen, welche im Feindland in ungeschmüdter Grabstätte ruhen, zerfissen. Am Allerheiligentage schmückten außer 8 Kränzen ein kleiner Strauß mit ganz schmaler schwarzweisser Schleife — der Farbe, für die unsere Kämpfer ihr Leben opferten — das Denkmal. Dieses Band wurde nach 10 Tagen entfernt und der Strauß auf die Treppentritte geworfen. Jetzt ist aus einem Kranz ein Zweig herausgerissen worden, der beiseite liegt. Mit Recht nennt man dies Grabstündungen. Hiergegen muß vorgegangen werden. Das ist Pflicht der Eltern und Lehrer. Dankbar wäre es zu begrüßen, wenn die Kolonialaktion dem Schutzmannposten am Vinkenheimer Tor Annehmung erteilte, das Fortamt Karlsruhe-Gardi, welches die Obhut über das Denkmal übernommen, zu unterstützen, um oben angeführte Mißstände zu beseitigen.

**Wanderheim des Schwarzwaldvereins Karlsruhe.** In einer der schönsten Gegenden des nördlichen Schwarzwaldes, dem allen Formisgraben belagerten belagerten Gehrgraben Wiltgenberg bei Saschwalden, wird binnen kurzem ein neues Wanderheim des Schwarzwaldvereins entstehen. Die Ortsgruppe Karlsruhe hat dort das als „Rind nöhle“ vom verstorbenen Birschenberger Wirt gebaute Anwesen auf die Dauer von 15 Jahren pachtweise er-

worden un  
ausbau sch  
nigung ne  
Schloßberg  
Bergstätt  
berhalb d  
eine herrl  
der Umgeb  
nach Straß  
Gärten her  
Bübel un  
Zal von S  
über Kappel  
3 Stunden  
sigen Ausb  
lung nach  
liger Verei  
genommen  
er in 2 Wo  
  
Zu Karlsru  
reichhalt ge  
oder Zuhör  
Freude, bald  
Die übergr  
daz wohl  
bestimmt  
kostspielig  
ungeheures  
Schweid g  
haben. Aber  
auf alle an  
an die Sach  
rungen. Ein  
in der Au  
Traum des  
Zanz. Ein  
mill der ein  
klüffend un  
gemeine An  
absehen. U  
Kriegende  
Schließlich  
Handfläche  
Kunst als  
ehlen Summ  
nicht nur l  
sachen mach  
für konst  
rifen, dessen  
mannter er  
Kannst Fül  
Kopfrechnen  
bilden w ede  
komische K  
Kartnerin u  
und den Vo  
Kunst eine  
Gelächter fo  
  
Elegen E  
Antrag des  
hat die Mi  
des Films  
Berlin) weg  
den Wirtum  
  
1300 Ma  
der Nacht p  
hießen Die  
gehoht  
  
Zusammen  
tief ein d  
Peripherie  
straße fahre  
moburch da  
Perionen w  
auf erfolgte  
das So  
schäte.  
  
Trunken  
in der Sch  
von hier  
stande au  
Er hätte er  
sich Eibe in  
  
Wetterste  
wurde bei  
Guten b  
ein Kaufma  
Hand verles  
  
Der Nat  
tag abend  
ein. (Siehe  
  
Kathol.  
Freitag, den  
Johannes  
Krug zum g  
  
Aus  
von Eulich  
Angst  
  
Bändchen  
Bändchen  
Bändchen  
  
Die in R  
für Rabbiner  
reichhaltige  
  
Wenn die  
Sätze über  
Dinas, lauter  
Man wird be  
Stimmung er  
zu verharren  
  
In literari  
hobere be  
halten Gelun  
Schriftstellers  
  
Durch alle zu  
  
Badenia  
Lin  
Große Au  
Freig Ma  
Verleg





**Pfannkuch**  
Schwere  
Italiener  
**Eier**  
schonmütig  
sortiert und  
durchfeuchtet  
10 Stück **1.58**  
**Pfannkuch**

**Grund- und Hausbesitzer-Verein Karlsruhe, e. V.**  
**General-Versammlung**  
Die diesjährige Generalversammlung findet am Mittwoch, 21. Januar im Saal III der Brauerei Schrepp (Koloosseum) abends 8 Uhr statt.  
**Tagesordnung:**  
1. Entgegennahme des Jahres- und Rechenschaftsberichts.  
2. Entlastung des Vorstandes und des Kassiers.  
3. Neuwahl des Vorstandes und der Beiräte.  
Anschließend Vortrag des Herrn Direktor Duschmale über die Landesbank f. Haus- und Grundbesitz.

**Danksagung.**  
Allen denen, die uns beim Heimgangs unserer guten Mutter so grosse Teilnahme entgegengebracht haben, ein herzliches „Verzelts Gott.“ Insbesondere den hochw. Herren Geistl. Lehrer Kuhnhammer und Bezirkspräses, Rotenbiller für die treue Seelsorge und den ehrw. Schwestern des St. Elisabethenhauses für die aufopfernde liebevolle Pflege.  
In tiefer Trauer  
**Geschw. Riester  
Familie Wolpert.**

**Naturheil-Verein Karlsruhe E. V.**  
Freitag, den 23. Januar, abends 8 Uhr im Saal des Vereinshauses, Adlerstr. 23  
**Öffentl. Vortrag**  
des Herrn Dr. med. Otto Grether, München über  
**Darmkrankheiten**  
ihre Entstehung, ihre Folgen und ihre natürliche Heilung aus Grund neuer wissenschaftl. Beobachtungen. Ein Abzug ist aus dem Buche „Die radioaktive Säurekur“, eine Universalkur für alle chronischen, noch beeinflussbaren Krankheiten nach streng wissenschaftlichen und modern hygienischen Grundsätzen mit natürlichen unschädlichen Kurmitteln.  
Eintrittspreis für Mitglieder und deren Familienangehörige gegen Ausweis Mitgliedskarte für 1924 je 30 Pf., für Nichtmitglieder 1.- M.

**2 Heimatbücher**  
von einfacher aber herrlicher Schönheit in Sprache und Schilderung, die lebhaft begünstigt wurden und bereits Tausende begeisterter Leser gewonnen haben, sind  
Pfarrer Franz Dor's  
**Edle Männer unserer Heimat**  
368 Seiten. Preis broschiert M. 2.25, gebunden 3.- M.  
**Edle Frauen unserer Heimat**  
224 Seiten. Preis broschiert M. 1.50, gebunden 2.2 M.  
Diese „Schönen Lebensbilder“ wie sie der Verfasser genannt, sollten jedem Jüngling und jeder Jungfrau in die Hand gegeben werden. Aber auch der erwachsene Leser wird viel Schönes und Gewisses in den Büchern finden.  
**Badenia** A. G. für Verlag und Druckerei **Karlsruhe**

Den elegantesten Maß-Anzug fertigt Ihnen  
**Josef Goldfarb**  
Kaiserstraße 181 Ecke Herrenstrasse

**Gutscheine**  
der  
**Erwerbslosen-Fürsorge**  
werden bei den  
**„Kola-Mitgliedern“**  
(erkenntlich durch Mitgliederschild) eingelöst.  
**Badenia** A. G. für Verlag und Druckerei **Karlsruhe**

**KARNEVAL-ARTIKEL**  
Stoffe für Maskenfeste und Bälle

|  |  |
|--|--|
| <b>Karneval-Velvet</b> in allen Farben 2.10  | <b>Satin</b> schöne Hochglanzfarb. 80 cm breit 1.20  |
| <b>Atlas</b> 60 cm breit, in hübsch. Farben 2.50   | <b>Duveline</b> baumwoll., 70 cm br., in viel. Farb. 1.95  |
| <b>Japon</b> schöne Lichtfarben 2.90   | <b>Foulardine</b> Seidenglanz, ca. 100 cm br., große Farbsortimente, in schönen Abendfarben 3.00 |
| <b>Crepe de Chine</b> weich fließ. ca. 30 Farb. 6.00   | <b>Schärpen - Stoffe</b> mit Metall-effekten, Meter 0.50   |
| <b>Crepe Georgette</b> ca. 100 cm breit, elegante Ware, leicht fließend in aparten Ballfarben 8.00 | <b>Tariatan</b> in großer Auswahl  |

Gold- und Silberborden  
Gold- und Silberspitzen  
Lahnband, gold und silber  
Tressen, Fransen, Quasten  
Schellen, Münzen, Perlen

Diademe, Armreife, Ohringe,  
Papier- u. Stoffmützen, Cylinder

**Ball- u. Kostümschuhe**  
in allen Farben

Stoff-, Atlas- u. Samtlarven und Seidenpompons  
Clown-Hüte, Tiroler Hüte  
Trompeten, Scherzartikel  
Kopfbedeckungen werden nach jeder Vorlage allerbilligst angefertigt

Trachten-Stoffe  
in einfarbig und gemustert

Dirndl, Biedermeier,  
Holländer in großer Auswahl

In unserer Schnittmuster-Abteilung  
Ullstein-Maskenalbum

**KNOPF**

**Pfannkuch**  
Stets frische  
**Koch-Margarine**  
Pfd. 70 Pfg.  
**Butter**  
Pfd. 80 Pfg.  
Feinste  
**Tafel-Margarine**  
Erfolg für Butter  
Pfund **1.-**  
**Pfannkuch**  
**Gebisse (Platin)**  
Gegenstände aus Gold, Silber, Platin, Münzen  
kauft fortwährend  
**Frau Kath. Plüger**  
Hirschstrasse 31, III.

Welt über Mannheim hinaus  
im badischen Hinterlande, in Nord- und Mittelbaden schätzt man als moderne Großstadtzeitung und führendes Blatt der Zentrumspartei das **NEUE MANNHEIMER VOLKSBLATT**  
Durch seinen umfassenden Nachrichtendienst, sowie durch eigene Leitartikel und solche bedeutender, hervorragender politischer und parlamentarischer Persönlichkeiten hat sich das N.M.V. unter der badischen Zentrumspresse eine Stellung errungen, die es jedem nach restloser politischer Aufklärung Strebenden zur Aufgabe macht, das in der größten Stadt Badens wöchentlich 7 mal erscheinende N.M.V. neben seinem Lokal- oder Bezirksblatt zu halten. Das N.M.V. mit den sechs Beilagen Literatur und Kunst / Aus der christlichen Welt / Frauenbeilage Soziale Rundschau / Schladibus an Lorenz / 8stg. Illustrierte Beilage kostet monatlich Mark 2.-. Probenummer auf Wunsch 8 Tage kostenlos.  
**NEUES MANNHEIMER VOLKSBLATT**  
Geschäftsstelle: MANNHEIM, S 2, 3

**Badische Lichtspiele**  
für Schule und Volksbildung  
**Konzerthaus**  
**Mit den Zugvögeln nach Afrika**  
Dienstag, den 20., Mittwoch, den 21., abends 8 Uhr - Mittwoch auch 4 Uhr nachmittags.  
Vorverkauf: Musikhaus Müller, Kaiserstrasse.  
Preise: Mk. 1.70, 1.50, 1.-, 0.60, - Studierende und Schüler zahlen gegen Ausweis halbe Preise.

**Badisches Landestheater**  
Dienstag, 20. Jan. 6 1/2 - 7 1/2 10 U. Auss. A. Th.-G. 5001-5600, Sondergruppe d. Volksbühne (6.-).  
Unter musikalischer Leitung des Generalmusikdirektors Ferd. Wagner-Nürnberg.  
**Aida.**

**Bad. Jugendherbergen, Ortsgr. Karlsruhe.**  
Mittwoch, den 21. Januar 1925  
abends 8 Uhr, im chemischen Hörsaal der technisch. Hochschule  
**Herr Enno Harten:**  
**Jugendburgen und Burg Ludwigstein.**  
Vortrag mit Lichtbildern.  
Eintritt: Erwachsene 1.- Jugendliche 50 Pf.  
Vorverkauf: Binds Buchhandlung, Kaiserstraße 94, Gesch.-Stelle d. Zw. Ausschusses, Bismarckstr. 10.

**Für Vereine!**  
Geschenke zu Verlosungen  
Glückshafenlose - Tanzkontrollen  
Pokale / Sportfiguren / Diplome  
**Bernhard Müller, Kaiserstrasse 235**  
Geschenkartikel / Offenbacher Lederwaren

Für Hasen - Kanin - Rehe  
Füchse - Marder - Iltis  
Wiesel - Dachse etc.  
zahlt reell und  
die höchsten Preise  
**Wilh. Zeumer**  
Kaiserstrasse 125/27.

**Katholisch. Kirchenmusikverein der Bernharduskirche Karlsruhe**  
Dienstag, den 27. Januar 1925  
abends 8 1/2 Uhr im „Reinland“ (Logenfeldstrasse)  
**General-Versammlung**  
Tagesordnung:  
1. Geschäfts- und Rechenschaftsbericht;  
2. Neuwahl des Vorstandes;  
3. Beratung und Beschlussfassung über eingegangene Anträge;  
4. Verschiedenes.  
Anträge zur Generalversammlung sind bis spätestens Samstag, den 24. Januar d. Js. beim Vorsitzenden Stadt-pfarrer Hr. Aib. Kleser schriftlich einzureichen.  
Die aktiven und passiven Mitglieder sind hiermit zur Generalversammlung höflich eingeladen.  
**Der Vorstand.**

Wo kaufe ich meine **PELZE** am billigsten beim  
**Kürschner Neumann**  
Erbprinzenstrasse 3  
**der sie selbst verarbeitet**

Intelligentes Friseurin aus guter Familie im Alter von 16-17 Jahren für  
**Lehrstelle**  
sofort gesucht.  
**Buchhandlung Dorer Nachf.**  
Erbprinzenstrasse.

**BEIM FRISEUR**  
FINDEN SIE GROSSE AUSWAHL IN  
**HAARSCHMUCK, KAMM- UND BUERSTENWAREN**  
SÄ TLICHE TO LETTEARTIKEL

Die Neu-  
waren grü-  
nlich g  
betrachtet  
des Einzel-  
Industrie-  
Sohn und  
nachtsunf  
Goffnungen  
tungen der  
schwere Kr  
die verfel  
Giffelbau  
ins Wanke  
Mangel an  
sich ein un  
ergab, wa  
wirkte, die  
tion und d  
Erhöhung  
widerspieg  
wahr; die  
Stimmung  
der Dester  
das Result  
mungen w  
Lage des  
Staates üb  
gefördert  
der „Schein  
einer wirkli  
dies konnte  
lehen; in  
Landes, m  
Reiche die  
wüßeren S  
der Kehrheit  
zu sprechen  
die Schmier  
fornern un  
Ehre zu gel  
tiges Murr  
und gerade  
wertvoll!  
Vor allen  
Sicherheit  
Krone ge  
tionalbank  
politisch h  
ermöglicht  
parität zu  
ein nicht un  
h und an  
Erwartunge  
lung des W  
Ausdruck  
nicht vergeß  
und Tilg  
anleihe voll  
gänge der  
wend sind,  
betragen zu  
und Tabak  
harden Pap  
dienst mona  
Kronen erfo  
Wenn ma  
io ist gewiß  
oder gar K  
Anlaß vorf  
Finanzw  
3 Jahre 19  
ab.  
Es ist nun  
lage eines  
allgemeiner  
flut wird,  
1924 schwere  
darf nicht v  
letzterem Pa  
male Erwerb  
malen Hinde  
malen gehö  
Abgabgebote  
Einfuhrverh  
hochschulzöl  
nisse, die zu  
delibereinf  
freiere Anwa  
der Sinn d  
im Jahr 192  
Wirtschaftsun  
bergl. zu der  
nung der G  
neren, Erp  
Abbau im  
nünftig schwe  
brivote Arb  
nahmefähig  
abbau.  
Unter die  
falls, wie g